

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode

- 3. Tagung -

Donnerstag, den 19. April 1990

(Stenografische Niederschrift)

Beginn der Tagung: 10.00 Uhr

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl	S.41
1. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik	S.41
Ministerpräsident de Maizière	S.41
2. Aktuelle Stunde zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches	S.51
Abg. Poppe (Bündnis 90/Grüne)	S.51
Abg. Frau Kögler (DA)	S.52
Abg. Richard Schröder (SPD)	S.53
Abg. Prof. Dr. Riege (PDS)	S.54
Abg. Schwarz (DSU)	S.55
Abg. Prof. Dr. Ortleb (Liberale)	S.55
Abg. Dr. Watzek (DBD/DFD)	S.56
Abg. Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne)	S.56
Zwischenbemerkung Abg. Dr. Günther Krause (CDU)	S.57
Abg. Becker (CDU)	S.57
Abg. Frau Seils (SPD)	S.58
Abg. Demloff (PDS)	S.58
Abg. Prof. Dr. Walther (DSU)	S.59
Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl	S.59
Bekanntgabe des Termins der 4. Tagung der Volkskammer am Freitag, den 20. April 1990	

(Ende der Tagung: 12.35 Uhr)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Die 3. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik ist eröffnet.

Ich begrüße ganz herzlich die Herren und Damen des Diplomatischen Corps sowie die in- und ausländischen Gäste, die an unserer Tagung der Volkskammer teilnehmen.

Verehrte Abgeordnete! Ihnen liegt die Tagesordnung vor. Dem Präsidium der Volkskammer sind keine Anträge zur Veränderung der Tagesordnung vorgelegt worden.

Ich rufe Punkt 1 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik.

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Lothar de Maizière, das Wort zu seiner Regierungserklärung zu nehmen.

Ministerpräsident de Maizière:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Abgeordnete! Die Erneuerung unserer Gesellschaft stand unter dem Ruf „Wir sind das Volk!“. Das Volk ist sich seiner selbst bewußt geworden. Zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten haben sich die Menschen in der DDR als Volk konstituiert. Die Wahlen, aus denen dieses Parlament hervorgegangen ist, waren Wahlen des Volkes. Zum ersten Mal trägt die Volkskammer ihren Namen zu Recht.

Und aus dem Ruf „Wir sind das Volk!“ erwuchs der Ruf „Wir sind ein Volk!“. Das Volk in der DDR konstituierte sich als Teil eines Volkes, als Teil des einen deutschen Volkes, das wieder zusammenwachsen soll. Unsere Wähler haben diesem ihren politischen Willen in den Wahlen vom 18. März 1990 deutlich Ausdruck verliehen. Dieser Wille verpflichtet uns. Ihn so gut wie nur möglich zu erfüllen, ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Der Neuanfang unserer Gesellschaft ist ein zutiefst demokratischer Neuanfang. Wir haben einen demokratischen Auftrag. Den haben uns die Bürger der DDR gegeben und niemand sonst. Wir haben das erste frei gewählte Parlament und die erste frei gewählte Regierung seit zwei Generationen. Und es ist eine breite Mehrheit des Parlaments und der Wähler, auf die sich die Koalition stützt.

Alle politischen Kräfte Europas nehmen heute teil an dem Prozeß der Einigung Deutschlands. Wir vertreten in ihm die Interessen der Bürger der DDR. Das Ja zur Einheit ist gesprochen. Über den Weg dahin werden wir ein entscheidendes Wort mitzureden haben.

Der Neuanfang unserer Gesellschaft soll auch ein ehrlicher Neuanfang sein. In dem großen historischen Prozeß unserer Befreiung haben wir einem Politiker die wirksame Bündelung vieler positiver Impulse besonders zu verdanken: Michail Gorbatschow.

(Lebhafter Beifall)

Wir ahnen die schwere Last, die er in der Sowjetunion zu tragen hat. Wir bitten die Bürger der Sowjetunion, die Politik der DDR und ihr Streben nach der Einheit Deutschlands nicht als bedrohlich anzusehen. Wir sind uns unserer historischen Schuld gegenüber der Sowjetunion bewußt, und wir möchten als freier Staat mit einer Sowjetunion, in der das neue Denken gesiegt hat, freundschaftlich zusammenarbeiten.

Glasnost und Perestroika haben der Welt neue, lange Zeit nicht für möglich gehaltene historische Horizonte erschlossen. Sie förderten auch in der DDR eine Bürgerbewegung, die alle gesellschaftlichen Sektoren erfaßte.

Eine entscheidende Kraft dieses Prozesses waren die neuen demokratischen Gruppen, in denen sich Menschen zusammenfanden, die die Fesseln der Vergangenheit sprengten. Die Träger der friedlichen Revolution im Herbst 1989 verdienen einen herausragenden Platz in der deutschen Geschichte. Das sollte in diesem Hause stets gegenwärtig und lebendig bleiben.

Wenn ich an dieser Stelle den Dank für unsere Freiheit ausspreche, denke ich auch an die Freiheitsbewegungen in unseren östlichen Nachbarstaaten. Die Solidarnosc-Bewegung in Polen hatte nachhaltige Wirkungen auf ganz Osteuropa. Weder Kriegsrecht noch Hetzpropaganda haben der Demokratie den Riegel vorschieben können. Namen wie Lech Walesa oder der des großen Bürgerrechtlers und heutigen Staatspräsidenten der Tschechoslowakei, Vaclav Havel, werden für immer in den Geschichtsbüchern der Welt stehen und die Herzen freiheitliebender Menschen bewegen.

(Beifall)

Wir denken an das ungarische Volk und seine Bürger, die den Eisernen Vorhang herunterrissen und damit auch ein Stück Berliner Mauer zum Fallen brachten.

(Beifall)

Noch in den nächsten Monaten wird dieses menschenunwürdige Schandmal abgerissen.

Ich möchte im Namen der Regierung der DDR den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland danken. Sie haben zu uns gehalten, haben uns Mut gemacht und geholfen, wo immer es möglich war. Und vergessen wir nicht: Jahrzehntlang waren, wenn auch mitunter nicht ohne Eigennutz, die westlichen Medien für viele DDR-Bürger die wichtigste Informationsquelle. Oft waren sie das einzige Sprachrohr für Unterdrückte und politisch Andersdenkende in diesem Land. Das uneingeschränkte Bekenntnis verantwortlicher Politiker der Bundesrepublik - ich nenne nur Richard von Weizsäcker, Helmut Kohl, Willy Brandt und Hans-Dietrich Genscher - zur Selbstbestimmung und Einheit des deutschen Volkes versetzt uns jetzt auch in die Lage, jetzt die Einheit verwirklichen zu können.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal Hans Modrow für sein Engagement danken.

(Beifall)

Durch seine behutsame Politik ist uns sicher vieles erspart geblieben. In den schwierigen Zeiten des letzten halben Jahres blieb er als Demokrat überparteilich und stabilisierte in Zusammenarbeit mit dem Runden Tisch dieses Land.

(Beifall bei der PDS)

Verehrte Abgeordnete! Ein Dank darf heute nicht fehlen. Das ist der Dank an die Kirchen.

(Beifall)

Ihr Verdienst ist es, Schutzraum für Andersdenkende und Anwalt für Rechtlose gewesen zu sein. Ihre Besonnenheit und ihr Festhalten an der Gewaltlosigkeit haben unserer Revolution die Friedfertigkeit bewahrt. Es hätte ja auch alles ganz anders kommen können. Wir haben Grund zu tiefer Dankbarkeit, daß uns die Erfahrungen erspart geblieben sind, wie sie etwa das rumänische Volk machen mußte.

Aber unsere Geschichte, das sind nicht nur die letzten fünf Jahre. Als freie Regierung und freies Parlament verneigen wir uns vor den Opfern des Faschismus. Wir denken an die Opfer der Konzentrationslager und des Krieges. Wir denken aber auch an die Opfer des Stalinismus, an die Opfer des 17. Juni 1953 und an die Opfer der Mauer. Krieg und Nachkrieg, die Verflochtenheit unendlich vieler Menschen in Schuld und Sühne und wieder neue historische Schuld haben das Gesicht unseres Volkes gekennzeichnet.

Wir möchten lernen von denen, die in diesen dunklen Zeiten politischen Widerstand gewagt und geleistet haben. Diese Menschen sind der Stolz, und ihre Leistung ist der moralische Schatz unseres Volkes.

(Beifall)

Die Menschen des Widerstandes erinnern uns an unsere Verantwortung für unsere Geschichte. Es ist nicht die PDS allein, die unsere DDR-Vergangenheit zu verantworten hat. Auch meine Partei muß sie verantworten. Wir alle müssen sie verantworten. Es waren immer nur ganz wenige, die etwa bei Wahlen wagten, Gegenstimmen abzugeben oder der Wahl fernzubleiben. Jeder frage sich selbst, ob er immer alles richtig gemacht und welche Lehren er zu ziehen hat. Es sind nicht immer die Mutigen von einst, die heute am lautesten die Bestrafung von anderen fordern.

(Lebhafter Beifall)

Wir alle wissen, daß unser Neuanfang schwierig ist. Ihn leicht zu nehmen wäre leichtfertig. Unsere Gesellschaft wurde gezwungen, vierzig Jahre lang von der Substanz zu leben, und nicht nur materiell. Wir haben Schäden auf vielen Gebieten und einen großen Nachholebedarf. Und oft sind die Schäden derart, daß der Weg zu ihrer Heilung erst noch ausgearbeitet werden muß.

In dieser Situation sind fortwirkendes Mißtrauen, Verdrossenheit und Ermattung vieler Mitbürger nur zu verständlich. Aber unverantwortlich ist es, jetzt Angst vor den Maßnahmen zu verbreiten, die zur Behebung der Schäden notwendig sind. Wir haben es nicht mit Problemen zu tun, die erst jetzt entstehen, sondern mit alten, verdeckten Wunden der Gesellschaft, die jetzt offengelegt werden müssen, damit sie heilen können.

Dazu gehören auch Struktur und Wirkungsweise der ehemaligen Staatssicherheit. Dazu gehört, daß sich betroffene Menschen aussprechen dürfen. Es hilft nicht die Veröffentlichung der Verstrickung einzelner, bei denen man kaum sagen kann, wie weit sie Opfer oder Täter waren.

Wir haben in diesen Wochen zu spüren bekommen, wie sich unsere junge Demokratie von neuem in dem Spinnennetz der ehemaligen Staatssicherheit verfangt. Wir werden eine Regierungskommission einsetzen, die die Aufklärung und Auflösung der gesamten Organisation des Ministeriums für Staatssicherheit bzw. des Amtes für Nationale Sicherheit betreibt. Diese Kommission wird dafür sorgen, daß die verdienstvolle Arbeit der Bürgerkomitees einen rechtsstaatlich geordneten Abschluß findet. Die Bewältigung der Stasi-Vergangenheit verlangt die unbedingte Beachtung der Rechtsstaatlichkeit. Um den Bürger in Zukunft vor Bespitzelungen zu beschützen, werden wir ein umfassendes Datenschutzgesetz vorlegen. In Deutschland darf es nie wieder eine zentrale Stelle geben, die unkontrolliert Informationen über das Privatleben und das Denken der Bürger sammelt.

(Beifall)

Verehrte Anwesende! Wir sind dabei, uns die Demokratie zu erarbeiten. Niemand möge Innehalten und Überlegen mit Entschlußlosigkeit verwechseln. In dieser Situation nach drei Wochen eine große Koalition zu haben, ist eine Leistung, für die ich allen beteiligten Fraktionen danke.

(Beifall, vor allem bei der CDU)

Ich versichere allen, wir werden uns auch in Zukunft Zeit zum verantwortlichen Nachdenken nehmen. Das wird uns helfen, den notwendigen Grundkonsens der Nation nicht durch sachlich unbegründete Zwietracht der Parteien zu zerstören.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Wir müssen alles tun, diesen Geist zu bewahren und uns der Freiheit würdig zu erweisen.

Damit nehmen wir das demokratische Erbe Deutschlands auf. 58 Jahre unterschiedlicher Diktaturen dürfen uns den Blick darauf nicht verstellen. Im Bauernkrieg, in den Befreiungskriegen, in der Revolution von 1848/49, in der Novemberrevolution von 1918, in den Ereignissen vom 20. Juli 1944 und im Volksaufstand des 17. Juni 1953 - immer gab es den brennenden Willen zur Demokratie, und immer wurde er in Blut oder in Resignation erstickt.

Heute dagegen stehen wir in der geschichtlichen Situation, daß unser demokratisches Aufbegehren ausgelöst wurde und aufgenommen wird von einer den Kontinent durchziehenden Bewegung zu Demokratie, Frieden und internationalem Ausgleich.

Machen wir uns bewußt, welcher Fortschritt bereits bei uns erreicht wurde, vom November 1989 bis zum April 1990, und tun wir das Unrige, daß diese Bewegung nicht an den Grenzen Europas haltmacht, sondern daß in letzter Stunde eine überlebensfähige Welt entsteht.

Nach Jahrzehnten der Unfreiheit und der Diktatur wollen wir Freiheit und Demokratie unter der Herrschaft des Rechts gestalten. Dazu brauchen wir einen prinzipiellen Ansatz.

Nicht die Staatssicherheit war die eigentliche Krankheit der DDR, sie war nur einer ihrer Auswüchse. Die eigentliche Erbkrankheit der sozialistischen Gesellschaft war der diktatorische Zentralismus, der aus stalinistischer Verblendung an die Stelle der Demokratie, an die Stelle der Selbstbestimmung der Menschen gesetzt worden war. Dieser Zentralismus war es, der eine alles gesellschaftliche Leben vergiftende Atmosphäre des Druckes erzeugte. Zwang und Druck vernichteten Initiative, Verantwortungsbereitschaft, eigene Überzeugung und machten es zu einer menschlichen Leistung, dem eigenen Gewissen zu folgen.

Deshalb genügt es heute nicht, ein Problem aufzugreifen, sondern wir müssen viel tiefer ansetzen. Wir müssen uns unsere seelischen Schäden bewußt machen, die sich in Haß, Unduldsamkeit, in neuem, nun antisozialistischem Opportunismus, in Müdigkeit und Verzweiflung äußern. Wir müssen uns gegenseitig helfen, freie Menschen zu werden.

(Beifall)

Die Qualität unseres Weges wird an der Bewahrung von Grundwerten der Gesellschaft zu messen sein. Es geht um vier Dinge:

- die Freiheit des Andersdenkenden,
- Gerechtigkeit für alle,
- Frieden als Gestaltungsaufgabe nach innen und außen,
- Verantwortung für das Leben in allen seinen Gestalten.

Diese Werte zeigen die Richtung, die ich - und ich denke, wir alle - einschlagen wollen.

Dabei geben wir uns nicht der Illusion hin, daß diese neue Ordnung der Freiheit, der Demokratie und des Rechts eine mühelos zu bewältigende Aufgabe wäre. Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß diese neue Ordnung und der Übergang zu ihr keine politisch-ethischen Qualitäten mehr benötigen würden. Im Gegenteil!

Dort, wo wir uns an Bevormundung und Passivität gewöhnt hatten, werden wir gesellschaftlich erwachsen werden müssen. Selbstbestimmt und aktiv. Das gilt für jeden Bürger, das gilt auch für das Parlament und die Regierung und für das gesamte gesellschaftliche Leben.

Und wir geben uns nicht der Illusion hin, daß Moral und Recht identisch wären, daß wir mit Hilfe des Rechts Moral erzwingen könnten.

Hier halte ich es mit Hölderlins Hyperion:

„Du räumst dem Staate denn doch zuviel Gewalt ein.
Er darf nicht fordern, was er nicht erzwingen kann.
Was aber die Liebe gibt und der Geist, das läßt sich nicht erzwingen.“

Das lass' er unangetastet, oder man nehme sein Gesetz und schlag' es an den Pranger!

Beim Himmel! der weiß nicht, was er sündigt, der den Staat zur Sittenschule machen will.

Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, daß ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.“

(Beifall)

Wahrlich ein aktuelles Wort über unsere jüngste Vergangenheit!

In diesem Sinne ist unser Umbruch Teil eines revolutionären Erneuerungsprozesses in Osteuropa, der zugleich ein gesamt-europäischer und ein Weltprozeß ist.

Manche mögen meinen, daß er letztlich konterrevolutionär sei. Nach dieser 70jährigen Entwicklung des realen Sozialismus ist aber das „Konter“, das „Gegen“, eine Naturnotwendigkeit. Wer Sozialismus faktisch mit brutaler Parteidiktatur, Entmündigung der Gesellschaft, Staatseigentum an den Produktionsmitteln und mit zentralistischem Plandirigismus gleichsetzte, wer glaubte, mit solchen Mitteln eine gerechtere Gesellschaft schaffen zu können, der hat sich so gründlich geirrt, daß hier nur ein entschiedenes „Kontra“ möglich ist.

(Beifall)

Wer aber glaubt, damit müßten wir uns auch von dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität, der Hilfe für die Menschen in der eigenen Gesellschaft und in der ganzen Welt verabschieden, der irrt sich genauso.

(Beifall)

Wir betrachten die von uns angestrebte Form der Marktwirtschaft ohnehin nicht als Selbstzweck, sondern wir sehen in ihr eine natürliche, international bewährte, effektive Wirtschaftsform, die zugleich die Chance bietet, unseren moralischen Verpflichtungen in der eigenen Gesellschaft und in der Welt endlich in dem notwendigen Maße nachkommen zu können.

Wir wollen arbeiten, leben und wohnen in einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft. Wir werden sie in Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik und der EG jetzt Schritt für Schritt entwickeln. In den nächsten acht bis zehn Wochen wollen wir die Grundlagen für die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion legen, damit diese vor der Sommerpause in Kraft treten kann. Dabei ist 1 : 1 der grundlegende Kurs. Dazu gehört die Sicherung der Eigentumsrechte aus der Bodenreform und aus Eigentumsübertragungen, die nach Treu und Glauben rechtens waren und daher auch rechtens bleiben müssen.

(Beifall)

Dazu gehört, daß vor der Währungsumstellung die Aufwendungen für die bisherigen Subventionen differenziert den Löhnen und Renten zugeschlagen werden. Erst dann können die Preise und Mieten mit der Entwicklung der Einkommen schrittweise freigegeben werden.

Eine unserer wichtigsten Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Volk und gegenüber der Menschheit ist die Gewährleistung einer lebenswerten und lebensfähigen Umwelt. Wir können unser Defizit auf diesem Gebiet nicht von heute auf morgen beseitigen. Aber mit Hilfe der Bundesrepublik werden wir ein durchdachtes und finanzierbares Umweltschutzprogramm in Gang setzen, das die vorhandenen Arbeitsplätze schont und neue Arbeitsplätze schafft.

Die dritte Dimension dieser Lebensqualität neben der sozial-ökonomischen und der ökologischen ist das geistige Leben. Bildung, Kultur und Medien sollen Ausdruck unserer Freiheit sein. Ihre Vielgestaltigkeit, ihre Pluralität werden ein Stück unseres gesellschaftlichen Reichtums sein. Aufgabe der Regierung wie des Parlaments ist es, über diesen Reichtum zu wachen und unerwünschten Deformierungen entgegenzuwirken.

Der Wählerauftrag, dem die Regierung verpflichtet ist, fordert die Herstellung der Einheit Deutschlands in einem ungeteilten, friedlichen Europa. Diese Forderung enthält Bedingungen hinsichtlich Tempo und Qualität. Die Einheit muß so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig wie nötig sein.

Die Diskussionen um die Währungsumstellung 1 : 1 oder 1 : 2 haben uns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt, daß hier ein Zusammenhang besteht und daß wir Bedingungen vereinbaren müssen, die sichern, daß die DDR-Bürger nicht das Gefühl bekommen, zweitklassige Bundesbürger zu werden.

Beide Anliegen, Tempo und Qualität, lassen sich am besten gewährleisten, wenn wir die Einheit über einen vertraglich zu vereinbarenden Weg gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes verwirklichen.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Seit dem Sommer des vorigen Jahres haben wir viele schöne Zeichen der Freundschaft, der Hilfsbereitschaft und der Offenheit der Bundesbürger erlebt. Aber wir sehen mit Sorge auch Tendenzen schwindender Bereitschaft, abzugeben und solidarisch zu sein.

Daher eine herzliche Bitte an die Bürger der Bundesrepublik: Bedenken Sie, wir haben 40 Jahre die schwerere Last der deutschen Geschichte tragen müssen. Die DDR erhielt bekanntlich keine Marshall-Plan-Unterstützung, sondern sie mußte Reparationsleistungen erbringen. Wir erwarten von Ihnen keine Opfer. Wir erwarten Gemeinsamkeit und Solidarität. Die Teilung kann tatsächlich nur durch Teilen aufgehoben werden.

(Beifall)

Wir werden hart und gut arbeiten, aber wir brauchen auch weiterhin Ihre Sympathie und Solidarität, so wie wir sie im letzten Herbst spürten.

Wir werden gefragt: Haben wir nichts einzubringen in die deutsche Einheit? Und wir antworten: Doch, wir haben!

Wir bringen ein unser Land und unsere Menschen, wir bringen geschaffene Werte und unseren Fleiß ein, unsere Ausbildung und unsere Improvisationsgabe. Not macht auch erfindersch!

(Heiterkeit und Beifall)

Wir bringen die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte ein, die wir mit den Ländern Osteuropas gemeinsam haben.

Wir bringen ein unsere Sensibilität für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und Toleranz. In der DDR gab es eine Erziehung gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, auch wenn sie in der Praxis wenig geübt werden konnte. Wir dürfen und wollen Ausländerfeindlichkeit keinen Raum geben.

(Beifall)

Wir bringen unsere bitteren und stolzen Erfahrungen an der Schwelle zwischen Anpassung und Widerstand ein. Wir bringen unsere Identität ein und unsere Würde. Unsere Identität, das ist unsere Geschichte und Kultur, unser Versagen und unsere Leistung, unsere Ideale und unsere Leiden. Unsere Würde, das ist unsere Freiheit und unser Menschenrecht auf Selbstbestimmung. Aber es geht nicht nur um die letzten 40 Jahre in Deutschland. In Deutschland ist viel Geschichte aufzuarbeiten, vor allem die, die wir mehr den anderen zugeschoben und daher zu wenig auf uns selber bezogen haben. Aber wer den positiven Besitzstand der deutschen Geschichte für sich reklamiert, der muß auch zu ihren Schulden stehen, unabhängig davon, wann er geboren und selbst aktiv handelnd in diese Geschichte eingetreten ist.

(Schwacher Beifall)

Deutschland ist unser Erbe an geschichtlicher Leistung und geschichtlicher Schuld. Wenn wir uns zu Deutschland bekennen, bekennen wir uns zu diesem doppelten Erbe.

Doch wir bleiben bei Deutschland nicht stehen. Es geht um Europa. Wir kennen die aktuelle Schwäche der DDR. Aber wir wissen auch: Sie ist ein in seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht armes Land.

Die eigentlichen Probleme in unserer Welt - wir wissen es alle - sind nicht die deutsch-deutschen oder die Ost-West-Probleme. Die eigentlichen Probleme bestehen in der strukturellen Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd.

(Beifall)

Wenn daraus nicht eine tödliche Bedrohung für das Leben der Menschen erwachsen soll, haben auch wir uns an der Überwindung dieser Ungerechtigkeit zu beteiligen. Die Errichtung einer gerechteren internationalen Wirtschaftsordnung ist nicht nur Sache der Großmächte oder der UNO, sondern ist Aufgabe jedes Mitgliedes der Völkergemeinschaft.

Auch das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern in unserem Land kann ein Betrag zu einer neuen Qualität des Miteinanders verschiedener Völker sein. Die Klärung der Rechtslage für ausländische Mitbürger und die Einsetzung von Ausländerbeauftragten auf verschiedenen Ebenen wird dafür ebenso nötig sein wie die Förderung solcher Initiativen, die kulturelle Vielfalt als Reichtum erfahren lassen.

Die Befreiung Nelson Mandelas und die Aufhebung der Apartheid in Südafrika, das Schicksal der tropischen Regenwälder und die Hilfe für die Dritte Welt bewegen uns wie unsere eigenen Probleme, ja nicht nur „wie“ - es sind unsere eigenen Probleme.

(Beifall)

Wir wissen: Unsere Fähigkeit, die eigenen Probleme zu lösen, hängt davon ab, wie wir bereit sind, auch die Probleme der anderen zu sehen.

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Die gebildete Koalitionsregierung steht vor großen, schwierigen und sehr konkreten Aufgaben, die klare und strategische Entscheidungen notwendig machen.

Die wirtschaftspolitische Zielstellung der Koalitionsregierung besteht darin, die bisherige staatlich gelenkte Kommandowirtschaft auf eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft umzustellen. Die Umstellung von staatlichem Plandirigismus auf soziale Marktwirtschaft muß mit hohem Tempo, aber auch in geordneten Schritten erfolgen. In den nächsten Monaten wird beides noch nebeneinander existieren müssen, wobei wir nach dem Motto zu arbeiten haben: „Soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig!“

Eine herausragende Bedeutung messen wir in diesem Zusammenhang dem Wettbewerb aller Unternehmen bei. Er ist das wichtigste Regulativ der Marktwirtschaft.

Die Koalitionsregierung wird Gesetze zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, ein Kartellgesetz, die Überarbeitung des Bankgesetzes durchführen und vor allen Dingen ein Gesetz über die Entflechtung von Kombinat und Großbetrieben zur Schaffung branchentypischer, leistungsfähiger Unternehmenseinheiten einbringen.

In diesem Zusammenhang sind Aufgaben und Struktur der Treuhand-Anstalt so zu gestalten, daß damit ein Instrument zur Beeinflussung der Entflechtung volkseigener Betriebe und zur Überführung in geeignete Rechtsformen geschaffen wird.

Der Abbau des Planungssystems in seiner bisherigen Form sollte mit dem Stichtag Währungsunion weitgehend erreicht sein.

Ausgehend vom Angebot der Regierung der Bundesrepublik

Deutschland an die Regierung der DDR, eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu schaffen, ist es die Aufgabe der Koalitionsregierung, die dafür notwendigen rechtlichen Voraussetzungen zu gewährleisten. Bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung gehen wir von dem festen Grundsatz aus, daß Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eine untrennbare Einheit bilden müssen und nur gleichzeitig in Kraft treten können.

(Beifall)

Dies schließt Anschubfinanzierungen, insbesondere im Sozialbereich, ein.

Wir bestätigen die bereits mehrfach getroffene Aussage, daß die Einführung der D-Mark auf dem Gebiet der DDR

- bei Löhnen und Gehältern im Ergebnis im Verhältnis 1 : 1 erfolgen sollte,
- bei Renten ebenfalls im Verhältnis 1 : 1, wobei ihre schrittweise Anhebung auf das Nettorentenniveau von 70 % nach 45 Versicherungsjahren erfolgen sollte, und
- bei Sparguthaben und Versicherungen mit Sparwirkung auch im Verhältnis 1 : 1, wobei Wege eines differenzierteren Umtausches gegangen werden sollten.

Differenzierter sind die Inlandsschulden der VEB, Genossenschaften und der privaten Betriebe zu beachten.

Hier ist bei der Währungsumstellung prinzipiell der Produktivitätsunterschied zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR zugrunde zu legen. Dabei neigt die Regierung besonders bei dem privaten und genossenschaftlichen Sektor zur weitgehenden Streichung der Inlandsschulden, um dessen Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und bei den VEB zur Umbewertung der Inlandsverschuldung mindestens im Verhältnis 2 : 1 zu kommen sowie Anpassungshilfen für wettbewerbsfähig organisierbare Betriebe, z. B. durch Entschuldung im Rahmen der in der EG üblichen Sanierungswege, zu geben.

So wie für Griechenland, Portugal oder Spanien mehrjährige Übergangsregelungen zum Schutz ihrer eigenen Wirtschaft galten, werden wir vergleichbare Schutzmechanismen mit der Bundesregierung vereinbaren müssen.

Bei der Übernahme des Wirtschafts- und Sozialrechtssystems der Bundesrepublik ist darauf zu achten, daß in Übergangszeiten die notwendigen Sonderregelungen getroffen werden. Wir denken hierbei an das Saarland-Modell. Gleichzeitig sollten diskriminierende Wirtschafts- und Handelsbeschränkungen abgebaut werden.

Die Koalitionsregierung wird insbesondere anstreben, die Kreativität und Motivation der Menschen in der DDR in den raschen Übergang zur sozialen Marktwirtschaft einzubringen. Besonders durch einen breiten Zustrom von privatem Kapital wird eine durchgreifende Besserung der wirtschaftlichen Lage in der DDR erwartet.

Die am Ende der 9. Wahlperiode der Volkskammer der DDR von der Regierung Modrow noch vorgelegten Gesetze zur Gewerbefreiheit, zur Gründung von privaten Unternehmen einschließlich Reprivatisierung, zum Bankgesetz und zur Ergänzung des Steuerrechts haben für viele DDR-Bürger einen Impuls gesetzt, sich selbständig zu machen.

Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es allerdings auf dem Gebiet der Reprivatisierung der 1972 verstaatlichten Unternehmen nur Einzelbeispiele, bei denen die Übergabe abgeschlossen ist. Die in breitem Maße vorhandenen Wünsche zur Errichtung privater Gewerbe scheitern allzuoft am chronischen Mangel von Gewerberäumen.

Es ist das Ziel der Koalitionsregierung, hier sofort eine deutliche Änderung eintreten zu lassen. Deshalb werden umgehend gesetzliche Regelungen

- zum Niederlassungsrecht,
- zur Schaffung von Gewerberäumen,

- von Berufs-, Vertrags- und Gewerbefreiheit sowie
- für ein Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb

erarbeitet werden.

Radikale Änderungen zur Durchsetzung unseres marktwirtschaftlichen Konzepts sind allerdings nicht möglich, wenn nicht eine umfassende Veränderung der Preisgestaltung verwirklicht wird. Preise sind die Steuerungssignale des Marktes. Ohne ihre freie Gestaltung kann Marktwirtschaft nicht funktionieren.

Im Zusammenhang damit ist die Steuergesetzgebung dahingehend zu verändern, daß mit günstigen Startsteuersätzen für kleinere und mittlere Unternehmen, mit günstigen Startsteuersätzen für Investoren aus dem In- und Ausland Rahmenbedingungen für die schnelle Unternehmensgründung geschaffen werden.

Damit ist schrittweise der Wegfall des Abgabensystems der produktgebundenen Abgaben und Subventionen einschließlich des Beitrages für gesellschaftliche Fonds zu verbinden.

Unser Ziel ist es, noch 1990 ca. 500 000 Arbeitsplätze im Mittelstandsbereich zu schaffen. Wir wollen damit auf dem Arbeitsmarkt einen Ausgleich schaffen für Arbeitsplätze, die aus zwingenden Gründen der Wirtschaftlichkeit oder des Umweltschutzes nicht zu halten sind. Eine gute Mittelstandspolitik wird ein Schwerpunkt zukünftiger Wirtschaftspolitik sein!

Ich möchte an dieser Stelle einige grundsätzliche Bemerkungen zu unserer künftigen Haushalts- und Finanzpolitik machen.

Die Aufgabe der Regierung bei der Aufstellung und Ausführung des Staatshaushaltes für 1990 ist getragen von der notwendigen Stabilisierung der Staatsfinanzen und den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

Eine konkretere Aussage ist erst dann möglich, wenn der neuen Regierung eine vollständige Ausgangsbilanz der Finanz- und Wirtschaftslage vorliegt. Wir werden bemüht sein, so bald wie möglich hierüber öffentlich Auskunft zu geben und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Heute kann ich nur soviel sagen:

Der jetzt vorliegende Voranschlag zum Haushalt 1990 ist auf die Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft auszurichten. Eine hohe Effizienz in der Wirtschaft für stabile Staatseinnahmen sowie die wirtschaftliche und sparsame Verwaltung der Ausgaben sind unabdingbare Voraussetzungen zum weitestgehenden Ausgleich des Haushaltes 1990. Trotz sparsamer Haushaltsführung, die wir uns vornehmen, wird eine begrenzte Kreditaufnahme nicht zu umgehen sein.

Alle Minister und Vorsitzenden der Räte der Bezirke sind in die Verantwortung genommen, die dem Staat aus Steuern und anderen Abgaben zustehenden Einnahmen rechtzeitig und vollständig zu erheben. Das betrifft auch Aufgaben wie die Umstellung der Kapitalgesellschaften auf die Steuern, die Festsetzung und den Einzug der Steuern durch die zu schaffenden Steuerbehörden. Insgesamt muß das Steuersystem der Initiative und Leistungsbereitschaft unternehmerischer Tätigkeit Rechnung tragen.

Für 1990 wird durch den Staatshaushalt der Republik gesichert, daß über den Finanzausgleich den Bezirken und Kommunen der nach strenger Wirtschaftlichkeit berechnete Finanzbedarf gedeckt wird. Die Souveränität der Kommunen in der Haushaltswirtschaft wird weitgehend hergestellt.

Der Voranschlag zum Haushalt 1990 geht davon aus, daß die sozialen Versorgungs- und Betreuungsleistungen des Staates gegenüber der Bevölkerung finanziell abgesichert werden.

Die Arbeiten im betreffenden Ressort sind in Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium auf die Rechtsanpassung mit der Bundesrepublik gerichtet. Vorrangig zu nennen sind die Grundsätze des Haushaltsrechts, die Haushaltsordnung sowie das bundesdeutsche Steuerrecht, insbesondere die Umsatz- und Verbrauchssteuer.

Diese Aufgaben sind so zu erfüllen, daß den notwendigen Anforderungen bei Einführung der Währungsunion Rechnung getragen wird.

Unsere Bürger haben verständlicherweise hohe Erwartungen an unsere Energie- und Umweltpolitik.

In der Energiepolitik folgen wir dem Ziel einer umweltfreundlichen und rationellen Energieerzeugung und Energieverwendung.

Wir gehen davon aus, daß die Energieerzeugung aus Rohbraunkohle in den kommenden Jahren drastisch reduziert werden muß, um die hohe Luftbelastung durch die stark schwefelhaltige Rohbraunkohle aus DDR-Aufkommen deutlich zu senken und die weitere Zerstörung wertvollen Kulturgutes und der Landschaft durch überdimensionalen Kohleabbau einzuschränken. Wir werden stärker auf die Nutzung umweltfreundlicher Energieträger wie Erdöl, Steinkohle und Erdgas zurückgreifen müssen. Ein Schwerpunkt der Rekonstruktion der Braunkohlekraftwerke ist die Rauchgasentschwefelung und die Erhöhung des Wirkungsgrades bei der Energieerzeugung.

Auch diese Probleme, die sich aus der notwendigen Bereitstellung ausreichender Energieträger ergeben, kann die DDR nicht alleine lösen. Wir setzen deshalb auf einen schnellen Energieverbund mit der Bundesrepublik, um die dort vorhandenen Kapazitätsreserven zu nutzen.

Wir gehen davon aus, daß wir wohl auf absehbare Zeit nicht auf die Nutzung von Kernenergie verzichten können. Die Gutachten werden hier das entscheidende Wort zu sprechen haben. Wir werden nach der Entscheidungsfindung die vorhandenen Kernkraftwerke durch Rekonstruktion und Modernisierung auf international geltenden Sicherheitsstandard zu bringen haben.

Mit steigender Wirtschaftskraft werden die Möglichkeiten zur Finanzierung der nicht billigen Umweltschutzmaßnahmen wachsen. Dazu zählt auch Erforschung und wirtschaftliche Nutzung alternativer Energieträger. Wir werden die Einführung umweltfreundlicher Technik steuerlich begünstigen. Der bevorstehende Strukturwandel der Wirtschaft muß und wird so zu umweltfreundlicher und abproduktarmer, marktgerechter Produktion führen. Neue Industrieansiedlungen werden allerdings schon jetzt den EG-Standards entsprechen müssen.

Ein Schwerpunkt ist die Erarbeitung von Sanierungs- und Stilllegungsprogrammen für industrielle und kommunale Altanlagen mit starker und unvermeidbarer Umweltbelastung. Der Umlenkung frei werdender Arbeitskräfte in andere wichtige Bereiche, insbesondere in die Infrastruktur, in den Handels- und Dienstleistungsbereich und in das Bauwesen, gilt dabei besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung.

Durch den Aufbau einer leistungsfähigen Umweltindustrie kann unsere Lebensqualität entscheidend verbessert werden. Viele neue Arbeitsplätze werden so entstehen.

Die Regierung wird geeignete Maßnahmen ergreifen, die den sparsamen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, Recycling und recyclinggerechte Produktion stimulieren.

Wir werden gesetzliche Regelungen zu progressiv gestaffelten Abgaben für Schadstoffemissionen in Wasser, Luft und Boden und andere Umweltbeeinträchtigungen erarbeiten und die Bildung eines staatlichen Ökofonds aus Abgaben, Gebühren und Stiftungen zur Unterstützung umweltverbessernder und naturschützender Maßnahmen, insbesondere für unvorhersehbare ökologische Folgemaßnahmen und Altlastsanierungen, einführen.

Das erfordert:

- eine wirksame, dem internationalen Stand entsprechende Umweltschutzgesetzgebung,
- eine umfassende staatliche Umweltschutz- und Umweltkontrolle,
- eine rechtsverbindliche Raum- und Flächenordnung zur Si-

cherung des Flächen-, Landschafts- und Naturschutzes in kommunaler, regionaler und überregionaler Abstimmung und - eine staatliche Förderung der Umweltforschung.

Die komplizierte Wirtschaftssituation in unserem Land spiegelt sich auch in einer unterentwickelten Infrastruktur, insbesondere im Bereich des Verkehrs-, des Post- und Fernmeldewesens und im Bauwesen, wider.

Der Aufbau eines leistungsfähigen Verkehrswesens ist eine der Grundvoraussetzungen für die Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Ordnung, für wirtschaftliches Wachstum und für den Wohlstand des Landes.

Wir brauchen einen Güterverkehr, der auf die Bedürfnisse unserer sich entwickelnden Wirtschaft ausgerichtet ist und das Zusammenwachsen zu einer deutschen Wirtschaftsgemeinschaft fördert.

Für den Personenverkehr benötigen wir Verkehrsmittel und Reiseverbindungen, die dem Reisebedürfnis der Menschen unseres Landes und den gestiegenen Anforderungen an die Qualität der Verkehrsmittel Rechnung tragen. Dies gilt für die Deutsche Reichsbahn ebenso wie für die Kraftfahrzeuge.

Leistungsfähige Verkehrswege sind eine Grundlage für die dauerhafte Überwindung der Teilung Deutschlands und für ein Zusammenwachsen in ganz Europa.

Die Chancen der Marktwirtschaft wollen wir auf das nachhaltigste mit der Belebung von Städtebau und Architektur verbinden. Den Kommunen muß das Recht zukommen, das Bauen in ihren Territorien weitestgehend selbst zu bestimmen.

Die Städte- und Wohnungsbauförderung, einschließlich ihrer materiellen Sicherstellung, gehört zu den Prioritäten der Regierungspolitik. Im Zusammenwirken mit den künftigen Ländern und den Kommunen setzt sie sich für die Stadt- und Dorferneuerung als Hilfe zur Selbsthilfe ein. Dringlich sind die Wiedergewinnung, Erhaltung und Bewahrung der im europäischen Kulturraum so geschätzten historisch geprägten Stadtbilder. gleichermaßen wird sich die Regierung der Revitalisierung der in den zurückliegenden Jahrzehnten geschaffenen Wohngebiete zuwenden.

(Beifall, vereinzelt bei der SPD)

Bürgerinitiative, Länderverantwortung und gesetzgeberisches, hoheitsrechtliches Handeln des Staates sollen sich nach dem Willen der Regierung in einer wahrhaft demokratischen Baukultur, in einer sozial und ökologisch orientierten Entwicklung der Regionen, Städte und Dörfer wiederfinden. Die Regierung ist sich der Schwere dieser Aufgabe, die enorme Mittel und schöpferische Kräfte erfordert, bewußt. Sie wird das dazu nötige wirtschaftliche Potential durch umfassende Förderung der unternehmerischen Initiativen des Baugewerbes fördern und alle Instrumentarien der Raumordnung und der Stadtplanung nutzen.

Große Anstrengungen werden notwendig sein, um die erforderlichen Bauleistungen für den Ausbau und die Modernisierung der technischen und sozialen Infrastruktur und der Industrie sowie für den Wohnungs- und Gesellschaftsbau, einschließlich kirchlicher Bauten, zu erbringen.

Die Regierung stellt sich ihrer sozialen Verantwortung für die Sicherung angemessener Wohnbedingungen aller Bürger. Das erfordert eine Wohnungspolitik, mit der soziales Mietrecht und Mieterschutz gewährleistet sowie die Bewahrung, Erneuerung und Erweiterung des Wohnungsbestandes ermöglicht werden. Mietpreisbindung für Wohnraum, die sich in Abhängigkeit von der allgemeinen Einkommensentwicklung regelt, ist unabdingbar.

(Beifall, vor allem bei der SPD und PDS)

Sozial Schwache erhalten Wohngeld. Kündigungsschutzregelungen für Mieter gehören zu den sozialen Grundsätzen der Koalition.

In einer sozialen Marktwirtschaft ist Wohnraum jedoch nicht nur eine Versorgungsfrage. Durch Eigentumsbildung muß Wertbildung in privater Initiative ermöglicht werden. Das kommt zugleich der Werterhaltung und der Wohnkultur zugute. Bei beidem haben wir bekanntlich Nachholebedarf.

Zum Post- und Fernmeldewesen möchte ich nur soviel sagen: Die Zeiten, in denen man 16 Jahre auf ein Telefon warten mußte, sollen vorbei sein.

(Beifall)

Wir wollen ein leistungsfähiges, schnelles und zuverlässiges System aufbauen, das die geschäftlichen wie privaten Verbindungen durch Briefe, Telefon und moderne Kommunikationsmittel sicherstellt, und so die Postunion mit der Bundesrepublik vorbereitet.

Ziel der Regierung ist es, eine vielfältig strukturierte, leistungsfähige und ökologisch orientierte Land- und Forstwirtschaft in unserem Lande zu schaffen.

In diesem Zusammenhang müssen wir sehr schnell unter anderem folgende Probleme lösen:

1. Die offenen Fragen im Zusammenhang mit dem Eigentum an Grund und Boden in der Land- und Forstwirtschaft. Im Namen der Regierung stelle ich hier fest: Die Ergebnisse der Bodenreform auf dem Territorium der DDR stehen nicht zur Disposition.

(Beifall)

Wir gehen aber davon aus, daß künftig alle Eigentumsformen gleichgestellt werden müssen. Ein völlig neues Bodenrecht wird die Verfügbarkeit des Eigentums an Boden unter Berücksichtigung des Gemeinwohls und bei Ausschluß von Möglichkeiten zu Spekulationen sichern.

2. Wir haben die Aufgabe, die Landwirtschaft schrittweise an den EG-Agrarmarkt heranzuführen. Dazu brauchen wir Schutzmaßnahmen jedweder Art für eine mehrjährige Übergangsperiode. Es gilt, unsere Landwirtschaft zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe möglichst schnell herzustellen. Wir müssen die Zusammenhänge zwischen Produktion und Absatz in Ordnung bringen, indem der Ministerrat die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür setzt.

Dazu gehören ein System neuer Agrarpreise und Steuern mit schrittweisem Übergang zur freien Preisbildung, die Sicherung der Interessen der DDR-Landwirtschaft bei zukünftigen Quotenregelungen, die schnelle Erneuerung der landtechnischen Ausrüstung, die schrittweise Einführung von Umweltnormen der EG in unserer Landwirtschaft und die beschleunigte Entwicklung und Förderung von Gewerbe und Industrien für Verarbeitung und Veredelung von Agrarprodukten im ländlichen Raum.

3. Zur Förderung genossenschaftlicher Betriebe und Einrichtungen wird unsere Regierung ein neues Genossenschaftsrecht vorlegen. Dabei werden auch die vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen den Genossenschaftsmitgliedern und Genossenschaften zu ordnen sein.

4. Unsere Sorge gilt gleichermaßen dem Wald. Neben der Klärung vieler offener Fragen im Zusammenhang mit dem Eigentum geht es um eine völlig neue Einstellung zum Wald. Seine ökologischen und landeskulturellen Leistungen haben Vorrang vor der Holznutzung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Eine Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern sie ist ein Mittel, um die Lebensbedürfnisse der Menschen zu sichern, um die Entfaltung der Menschen zu ermöglichen und um die Verwirklichung menschlicher Werte zu fördern.

Arbeitsförderung und die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere auch für Frauen, Alleinerziehende, für Eltern kinderreicher Familien und für Geschädigte, ist Ziel unserer Regierungspolitik.

Die Bekämpfung der zu erwartenden Arbeitslosigkeit erfordert folgende Sofortmaßnahmen:

- Umschulung und Qualifizierung von Werktätigen,
- Aufbau leistungsfähiger Arbeitsämter,
- finanzielle Absicherung bei Arbeitslosigkeit sowie
- Schutz der Beschäftigten durch ein Kündigungsschutzgesetz, ein Betriebsverfassungsgesetz und ein Tarifvertragsgesetz.

Unsere Sorge muß immer zuerst denen gelten, die aus Gründen, die sie selbst nicht zu verantworten haben, nicht aus eigener Kraft am Wohlstand teilhaben können.

Wir müssen diejenigen stützen, die zu den Schwachen der Gesellschaft gehören. Wir müssen sicherstellen, daß die Früchte der gemeinsamen Arbeit gerecht verteilt werden, und wir müssen dafür eintreten, daß der, der Lasten trägt, auch Entlastung bekommt. Gerade in einer Gesellschaft, in der sich das Spiel der freien Kräfte entfalten kann, ist es wichtig, daß die stärkste Kraft, also der Staat, sich zum Anwalt der Schwächeren macht. Dabei kann es nicht nur um die Zuweisung materieller Hilfen, beispielsweise an Behinderte, gehen, sondern es müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, daß nicht Almosen verteilt werden, sondern einklagbare Rechtsansprüche bestehen.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle vom ungeborenen Leben sprechen. Wir alle wissen, daß die Frauen und Männer - und beide Partner stehen in der Verantwortung, darüber sind sich so manche Männer anscheinend gar nicht im klaren - an den Entscheidungen oft schwer tragen. Aber wir kennen auch die Mißstände, die eine Entscheidung gegen das Leben herbeiführen. Wir brauchen mehr Entscheidungen für das Leben. Wir brauchen wirtschaftliche und ideelle Hilfestellungen, die - insbesondere den Frauen - die Entscheidung für das Leben erleichtern und nahelegen.

(Beifall)

Die soziale Unterstützung und Absicherung der Alleinerziehenden muß verstärkt werden. Und ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Mütter und Väter in gleicher Weise zur elterlichen Sorge für ihre Kinder verpflichtet sind. Aber nicht nur Alleinerziehende, sondern auch viele Eheleute und feste Partner stehen vor Problemen, weil die Familie bisher moralisch und finanziell nicht genügend gefördert worden ist.

Notwendig ist ein umfassendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und eine Abstimmung von Arbeitszeiten und Familienzeiten, die der Familie und vor allem den Kindern zugute kommt. Deshalb brauchen wir flexiblere Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung und mehr Teilzeitarbeit. Wir wollen aber auch denen helfen, die sich eine Zeitlang ganz der Erziehung der Kinder, einem behinderten Kind oder der Betreuung der eigenen Eltern widmen.

(Beifall)

Wir werden diesen Männern und Frauen helfen, damit sie sich nach der Erziehungs- oder Pflegephase wieder im Berufsleben zurechtfinden. Ziel der Regierung ist es, daß solche Phasen finanziell ausgeglichen und in die Anrechnung von Rentenzeiten einbezogen werden.

(Beifall)

Die Lastenverteilung in dieser Gesellschaft - und das heißt auch in der Familie - ist oft ungleich. Wenn der Grundwert der Gleichheit konkret werden soll, dann reicht es nicht aus, daß so viele Frauen im Arbeitsleben stehen und daraus auch ein Mehr an Selbstbewußtsein ableiten, sondern dann müssen unsere Frauen auch die gleichen Aufstiegschancen, die gleiche Bezah-

lung, überhaupt gleiche Chancen in allen Berufen haben. Die Gleichstellung im Beruf darf nicht auf dem Rücken der Frauen selbst verwirklicht werden. Zur Gleichstellung der Frauen in Beruf und Gesellschaft werden wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen, d. h. in den Kommunen, in den Ländern und beim Ministerrat, Beauftragte einsetzen, die darauf achten, daß die Gleichstellung auch im Alltag von Betrieben und Verwaltungen Wirklichkeit wird.

(Beifall)

Wir brauchen soziale Sicherungssysteme, die die Bürger als Arbeitslose, Kranke und Alte vor materieller Not schützen. Wir brauchen aber nicht den einen Wohltäter, ganz gleich, ob er FDGB oder anders heißt. Die zentralistische Verwaltung der Sozialversicherung beim FDGB entspricht nicht den Erfordernissen eines demokratischen Sozialstaates. Eine Neuorganisation ist notwendig:

(Beifall)

- Die Sozialversicherung muß aus dem FDGB und der Staatlichen Versicherung herausgelöst werden;
- Krankenversicherung, Rentenversicherung und Unfallversicherung sind künftig zu trennen;
- für alle Aufgaben der Krankenversicherung muß ein kassenarthenneutraler Träger geschaffen werden.

Schließlich zahlen wir doch alle unsere Beiträge und haben ein Recht auf die Leistung. Es wird in Zukunft selbstverwaltete, voneinander getrennte Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen geben.

Meine Damen und Herren! Der Krisenzustand in unserem Gesundheitswesen ist hinlänglich bekannt. Wir brauchen mehr Ärzte, mehr Krankenschwestern und Krankenpfleger. Wir brauchen eine medizinische Behinderten- und Altenhilfe und eine Neugestaltung der medizinischen Rehabilitation. Wir müssen die medizinische Ausstattung der Krankenhäuser verbessern und viele Krankenhäuser, viele Pflegeheime und Feierabendheime rekonstruieren. Dabei muß auch für die eindeutige Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlich-technischen Infrastruktur gesorgt werden. Das gewachsene System von Polikliniken und Einrichtungen des betrieblichen Gesundheitswesens ist sinnvollerweise zu erhalten, und die Niederlassungsfreiheit für Ärzte und Fachärzte ist zu sichern.

Im Zusammenhang mit der Gesundheit kommt dem Sport eine besondere Bedeutung zu. Wir wollen weg von der einseitigen Förderung des Leistungssports und hin zu einer verstärkten Förderung des Breiten- und Behindertensports.

(Beifall)

Dazu muß die freie Wahl der sportlichen Betätigung möglich sein. Deshalb werden wir die Kommunen in Fragen der regionalen Entwicklung des Sports unterstützen. Das schließt aber eine besondere Förderung des Leistungssports nicht aus.

In Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland soll darauf hingewirkt werden, daß zu den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona eine gesamtdeutsche Mannschaft entsandt wird. Wir unterstützen von ganzem Herzen den Gedanken, innerhalb der nächsten zehn Jahre Olympische Spiele in Berlin, der zukünftigen Hauptstadt Deutschlands, abzuhalten.

(Beifall bei CDU, DSU, den Liberalen, SPD)

Dies wäre ein weithin sichtbares Zeichen ihrer neugewonnenen Funktion als Bindeglied zwischen den Völkern in Ost und West.

Ein katastrophales Erbe übernehmen wir von der SED-Herrschaft auch im Bildungswesen. Besonders in den letzten Jahren haben sich große Probleme und Fehler angestaut.

Es gilt, das bürokratisch-zentralistische System staatlicher Leitung zu beseitigen und zu einem ausgewogenen Verhältnis von staatlicher Verantwortung und gesellschaftlicher Initiative zu kommen. Die in den letzten Jahrzehnten zementierte Einheit-

lichkeit muß durch ein differenziertes und flexibles Bildungswesen ersetzt werden, das auch alternative Modelle nicht ausschließt. Die Regierung stellt sich das Ziel, durch strukturelle Veränderungen jene Freiräume zu schaffen, in denen sich ein verantwortliches Zusammenwirken aller in der Bildung Tätigen entfalten kann.

Die Kommandostruktur muß durch transparente Entscheidungsprozesse ersetzt werden. Für die allgemeinbildende Schule erfordert dies rechtlich geregelte Formen, in denen sich das Recht und die Aufgabe der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder, die fachliche und pädagogische Autorität einer kompetenten Lehrerschaft und die partnerschaftliche Hinführung der Kinder und Jugendlichen zu eigenverantwortlichem Handeln wechselseitig ergänzen. Dies bezieht sich auch auf das Sonderschulsystem, das zudem in vielen Bereichen besonderer Förderung und Fürsorge bedarf.

Im Vorfeld der Schule muß der Vorschulbereich durch die gemeinsame Anstrengung aller beteiligten staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Kräfte in seinem Bestand gesichert und in seiner pädagogischen Bedeutung weiterentwickelt werden.

Die auf die allgemeinbildende Schule folgende Fach- und Berufsausbildung muß in Dauer, Niveau und Gestaltung viel stärker der realen Vielfalt beruflicher Anforderungen entsprechen.

Das Hochschulwesen bedarf eines Rahmenrechts, das jenen Grad an Gemeinsamkeit und Übereinstimmung sichert, der im Interesse von Forschung, Lehre und Studium liegt, zugleich aber den Universitäten und Hochschulen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Eigenverantwortung garantiert.

Die Leitungs- und Entscheidungsgremien müssen die legitimierte Teilhabe der verschiedenen Personengruppen, die an den Universitäten und Hochschulen tätig sind, ermöglichen. Dabei wird einerseits die besondere Verantwortung und Sachkompetenz des Lehrkörpers und andererseits das existentielle Interesse der Studenten an hochwertigen und verwendungsfähigen Kenntnissen und Fähigkeiten sorgfältig zu beachten sein.

Die Freiheit von Lehre und Forschung und der Wettstreit um Ideen und Qualität sind die bewegenden Momente akademischen Lebens.

Die Forschungs- und Technologiepolitik hat die folgenden Ziele:

- die Ressourcen zu schonen und die Umwelt zu erhalten,
- die Lebensbedingungen zu verbessern,
- die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und
- das menschliche Wissen zu vertiefen.

Für die Wissenschaften den rechtlichen Rahmen und die finanzielle Grundlage zu sichern, ist Aufgabe des Staates, wobei die Förderung der Forschung auch ein Anliegen der Wirtschaft sein sollte. Grundsätzlich hat jedoch der Staat die Finanzierung der Grundlagenforschung an staatlichen, wissenschaftlichen Institutionen abzusichern.

Nicht zuletzt gilt den Lebensbedingungen der Schüler, Lehrlinge und Studenten und ihrer beruflichen Aussicht die Sorge der Regierung.

Wir wollen eine offene Jugendarbeit als Ausdruck der pluralistischen Gesellschaft. Neu entstehende Jugendorganisationen müssen Möglichkeiten der Arbeit eingeräumt erhalten. Dabei ist zu sichern, daß bisher bestehende staatliche Jugendeinrichtungen auch weiterhin für die Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

(Beifall)

Auf dem Gebiet der Kultur werden wir eine Politik verfolgen, die ein von jeder Reglementierung befreites, ungehindertes kulturell-künstlerisches Schaffen gewährleistet und sich allen geistigen Schätzen unseres Volks, Europas und der Welt öffnet.

Die Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, Kultur und Kunst

zu schützen und zu fördern. Sie erkennt die Notwendigkeit der Subventionierung von Kultur und Kunst an.

(Vereinzelt Beifall)

Für die Unterstützung kultureller Aufgaben von überregionaler Bedeutung regen wir einen zentralen Kulturfonds durch eine gesamtdeutsche Kulturstiftung an.

Die Regierung wird die Voraussetzungen zur Dezentralisierung und Föderalisierung von Kultur und Kulturpolitik schaffen und den Aufbau der Kulturhoheit der Länder vorbereiten.

Die Regierung wird dafür Sorge tragen, Kultur- und Kunstschaffende in ein differenziertes Netz sozialer Maßnahmen einzubinden. Wir werden den urheberrechtlichen Schutz der Kunstwerke garantieren, das Versicherungssystem für Kunstschaffende aufrechterhalten und auf eine kunstfreundliche Steuergesetzgebung hinwirken.

Wohl nirgends war in der Vergangenheit der Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit so kraß wie in unserer Medienlandschaft. Die neue Regierung erklärt: Presse, Rundfunk und Fernsehen sind frei.

(Lebhafter Beifall)

Eine demokratische Ordnung setzt unabhängige Medien und den Wettbewerb der Meinungen voraus.

Die Abkehr von dem früheren Informations- und Meinungsmonopol der SED und die Zuwendung zu einer pluralistischen Medienstruktur dürfen jedoch weder dem Selbstlauf überlassen noch der Gefahr neuerlicher Monopolbildungen ausgesetzt sein.

(Beifall)

Mit der Einrichtung eines Ministeriums für Medienpolitik will die Regierung helfen, unterschiedliche Bemühungen zusammenzuführen und den Weg in eine freie und vielfältige Medienlandschaft zu bahnen. Die Ausarbeitung eines Mediengesetzes ist unter Berücksichtigung späterer Länderkompetenzen bald abzuschließen. Bis zu seiner Verabschiedung schlagen wir der Volkskammer vor, das Mandat des Medienkontrollrates zu erneuern.

Angesichts des Konkurrenzdrucks bundesdeutscher Printmedien scheint es geboten, schnellstmöglich kartellrechtliche Bestimmungen zu erlassen. Ebenso dringend ist eine Gebührenregelung für Rundfunk und Fernsehen.

(Beifall vor allem bei der SPD)

Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Mir persönlich liegt die Rechtsstaatlichkeit besonders am Herzen. Das bisherige Rechtswesen diente im wesentlichen der Absicherung der bestehenden Machtstrukturen und sorgte dafür, daß jegliche oppositionelle Regung kriminalisiert und im Keim erstickt wurde. Mit welcher Unerbittlichkeit und Härte dabei vorgegangen wurde, das haben Tausende Bürger am eigenen Leibe erfahren.

Die Rehabilitierung von Bürgern, die aus politischen Gründen strafrechtlich verfolgt und arbeitsrechtlich benachteiligt wurden oder andere Nachteile zu Unrecht erlitten, wird ein wesentliches Anliegen neuer Rechtspolitik sein.

(Beifall)

Die Regierung wird dafür Sorge tragen, daß das Justizwesen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen umgestaltet und das Prinzip der Gewaltenteilung durchgesetzt wird. Insbesondere halten wir folgende Maßnahmen für erforderlich:

1. Bildung eines Verfassungsgerichts
2. Schrittweise Schaffung gesonderter Verwaltungs-, Arbeits- und Sozialgerichte, zunächst im Rahmen ordentlicher Gerichtsbarkeit.
3. Umgestaltung der Vertragsgerichte in ordentliche Gerichte.

4. Eingliederung der Militärgerichte sowie der Militärstaatsanwaltschaften in das zivile Justizwesen und
5. Stärkung der Rechtsanwaltschaft.

Hinsichtlich der Gewährleistung des Personen- und Datenschutzes werden wir uns am entsprechenden Recht der Bundesrepublik orientieren. Dem Parlament unterbreiten wir den Vorschlag, einen Datenschutzbeauftragten einzusetzen.

In Zukunft wird es in unserem Land keine Geheimpolizei mehr geben.

(Lebhafter Beifall)

Eine Verfassungsschutzbehörde - auch dies ist eine Lehre der Vergangenheit - darf keine polizeilichen bzw. strafprozessualen Befugnisse erhalten.

Die Angehörigen der Deutschen Volkspolizei müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, gemeinsam mit den Bürgern ihren Dienst am Gemeinwohl, für die Freiheit und Würde der Bürger zu leisten. Loyalität zur Regierung, Gesetzestreue, Orientierung an den Grund- und Menschenrechten und bürgernahe Arbeitsweise sind Kernpunkte der demokratischen Erneuerung.

Die Volkspolizei ist eine zivile Ordnungsmacht. Sie darf nur auf der Grundlage von Gesetzen zum Wohle des Gemeinwesens tätig werden. Sie unterliegt öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle.

(Beifall)

Die Angehörigen der Organe des Ministeriums für Innere Angelegenheiten, die ihren Dienst für die Öffentlichkeit vornehmlich in der Öffentlichkeit versehen, müssen durch ihr Auftreten und Einschreiten die demokratische Erneuerung und Rechtsstaatlichkeit glaubhaft verkörpern.

Mit der Einführung der Länder wird die Polizeihöhe im wesentlichen bei den Ländern liegen. Das bietet für die Effizienz und Akzeptanz der Polizei neue, günstigere Bedingungen. Je enger die Polizei mit dem Gemeinwesen verbunden ist, desto besser kann sie ihre soziale Funktion mit wirklicher Bürgernähe im Interesse des Gemeinwohls wahrnehmen.

Demokratie bedarf neben der Rechtsstaatlichkeit einer weiteren Bedingung: Dezentralisierung der Macht. Bisher ging alle Macht von Berlin aus. In Berlin wurde entschieden. Ausgehend davon, daß nach der Wahl demokratisch legitimierter Volksvertretungen auf der Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden am 6. Mai 1990 die Bezirkstage die einzigen Vertretungskörperschaften sein werden, die nicht aus freien, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen sind, und deren Zusammensetzung damit nicht der tatsächlichen politischen Kräftekonstellation im jeweiligen Territorium entspricht, sollte das Präsidium der Volkskammer den Bezirkstagen empfehlen, ihre Legislaturperiode nach den Kommunalwahlen zu beenden.

(Beifall)

Im Interesse der Regierbarkeit des Landes werden wir darauf hinwirken, daß die Räte der Bezirke bis zur Länderbildung nur noch als Verwaltungsorgane, als Bindeglied im Sinne einer Auftragsverwaltung tätig werden.

Wir werden die Macht dezentralisieren. 1991 soll es wieder Länder geben. Die Wahlen dazu sollen im Spätherbst dieses Jahres stattfinden.

(Vereinzelt Beifall)

Die Länderstruktur ist eine Grundbedingung für die deutsche Einheit, eine Grundstruktur für Demokratie und eine Bedingung für eine erfolgreiche Umstrukturierung unserer Wirtschaft.

Wirtschafts- und Steuerreform müssen der Länderreform vorausgehen, denn neben historischen und kulturellen Gesichts-

punkten ist die Eigenfinanzierung der Länder unter Beachtung des Finanzausgleichs ein Grundpfeiler des Föderalismus. Zur Herausbildung der kommunalen Selbstverwaltung werden gegenwärtig eine Kommunalverfassung und ein Länder-Einführungsgesetz erarbeitet.

Was in den Ländern vor sich geht, einschließlich der Wahl der Landeshauptstadt, bestimmt dann jedes Land selbst.

Wir haben in der DDR eine Vielzahl offener Gebietsfragen, die zum Teil vor der Länderbildung geregelt werden müssen. Die Menschen in den betroffenen Gebieten müssen dazu gehört werden. Fast 2000 Briefe mit geschichtlichen Abhandlungen und Unterschriftensammlungen ganzer Kreise sind dabei zu berücksichtigen.

Ich komme zum letzten Schwerpunkt meiner Regierungserklärung. Unsere Zukunft liegt in der Einheit Deutschlands in einem ungeteilten friedlichen Europa.

(Beifall)

Wir sind in der Regierung für 16 Mio Bürger verantwortlich, und das wird das Handeln dieser Regierung bestimmen.

(Beifall bei der Fraktion Bündnis 90/Grüne)

Alle Deutschen haben eine gemeinsame Geschichte, die am Ende des zweiten Weltkrieges durch die Teilung Europas nur scheinbar unterbrochen wurde. Beide deutsche Regierungen sind sich einig darin, daß das Ziel der Verhandlungen nicht eine geschäftliche Partnerschaft sein kann, sondern eine wirkliche Gemeinschaft. Das wird den Geist der Verhandlungen bestimmen. Die Einigung muß aus dem Wunsch der Menschen und nicht aus den Interessen von Regierungen entstehen.

(Beifall)

Deutschland liegt in der Mitte Europas, aber es darf sich nie wieder zum Machtzentrum Europas erheben wollen.

(Beifall)

Wir wollen nicht zwischen den Stühlen der Völker Europas sitzen, sondern ein Pfeiler sein für eine Brücke der Verständigung. Deutschland muß ein Faktor des Friedens sein. Die Vereinigung Deutschlands soll die Stabilität in Europa festigen und die Schaffung einer gesamteuropäischen Ordnung des Friedens, der Demokratie und der Zusammenarbeit fördern.

In die deutsche Einheit wollen wir unsere Erfahrungen der Bedeutung eines inneren Friedens in der Gesellschaft einbringen. Wir wissen, daß wir dafür zuerst mit unserer Geschichte ins Reine kommen müssen. Es darf nicht mehr den einen Teil geben, der an allem Schuld war, und den anderen, der sich seine Unschuld vor der Geschichte angeblich bewahrt hat. Auch wir haben uns zu der gemeinsamen Verantwortung für die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur bekannt.

Die Einheit Deutschlands soll die Gemeinschaft der Europäer stärken. Die wesentliche Voraussetzung dafür ist die Garantie der Grenzen in Europa. Dafür ist auch grundlegend, daß sich unsere Nachbarn ihrer Grenzen mit Deutschland sicher sind. Die völkerrechtlich verbindliche Anerkennung der polnischen Westgrenze, wie sie im Görlitzer Vertrag der DDR mit Polen und im Warschauer Vertrag der Bundesrepublik mit Polen beschrieben ist, ist unverzichtbar.

(Lebhafter Beifall)

Mit Vollzug der Vereinigung der beiden deutschen Staaten soll die künftige deutsche Verfassung unter anderem den Artikel 23 des Grundgesetzes nicht mehr enthalten. Deutschland hat keine Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten und wird sie auch in Zukunft nicht erheben.

(Beifall)

Die Einigung ist möglich geworden im Zusammenhang mit der weltweiten Entspannung und dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Die Teilung war Ausdruck dieses Konfliktes. Die Entspannung steht im Zeichen der Menschenrechte und der Abrüstung. In dieser Phase der Entspannungspolitik sind Verteidigungspolitik und Abrüstungspolitik untrennbar miteinander verbunden. Auch in diesem Punkt besinnen wir uns auf die Wurzeln der demokratischen Erneuerung in unserem Land. Ein wesentliches Fundament dieser Erneuerung ist die Friedensbewegung.

Es ist Aufgabe der Regierung der DDR, eine Politik zu verfolgen, die den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifender Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems fördert. Ein europäisches Sicherheitssystem mit immer weniger militärischen Funktionen ist dabei unser Verhandlungsziel. Die Erweiterung des Sicherheitsbegriffs auf die Bereiche der Wirtschaft, Umwelt, Kultur, Wissenschaft und Technologie halten wir für ein Gebot der Stunde.

Auf dem heutigen Gebiet der DDR wird sich für eine Übergangszeit neben den sowjetischen Streitkräften eine stark reduzierte und strikt defensiv ausgerichtete NVA befinden, deren Aufgabe der Schutz dieses Gebietes ist. Loyalität gegenüber der Warschauer Vertragsorganisation wird sich für uns u. a. darin zeigen, daß wir die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion und die der anderen Warschauer Vertragsstaaten in den Verhandlungen stets berücksichtigen.

Die Regierung der DDR strebt eine drastische Reduzierung aller deutschen Streitkräfte an.

(Lebhafter Beifall)

Die DDR verzichtet auf Herstellung, Weitergabe, Besitz und Stationierung von ABC-Waffen und strebt Entsprechendes im geeinten Deutschland an.

(Beifall)

Sie tritt außerdem ein für ein globales Verbot chemischer Waffen noch in diesem Jahr. Der nukleare Abrüstungsprozeß muß fortgesetzt werden. Wir erhoffen uns noch in diesem Jahr einen positiven Abschluß der START-Verhandlungen über eine 50%ige Verringerung der strategischen Nuklearwaffen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten.

Mit einer Ordnung des Friedens und der Sicherheit in Europa können Voraussetzungen geschaffen werden für die Ablösung der Rechte der Alliierten des zweiten Weltkrieges für Berlin und Deutschland als ganzes. Die Regierung der DDR setzt sich dafür ein, daß diese Ablösung im Rahmen der ZWEI-PLUS-VIER-Gespräche erfolgt. Auch sie gehören in den Gesamtrahmen des KSZE-Prozesses zur Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung.

Die KSZE hat für uns eine besondere Bedeutung. Insbesondere tritt die Regierung der DDR dafür ein, daß eine KSZE-Sicherheitsagentur zur Verifikation der Abrüstungs- und Umstrukturierungsvereinbarung geschaffen wird. Sie ist auch für ein KSZE-Organ zur Streitschlichtung und für die Bildung eines ständigen gemeinsamen Rates der Außen- und Verteidigungsminister.

Die Regierung der DDR will beim Abrüstungsprozeß eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir werden sofort Maßnahmen einleiten, um die Kriegswaffenproduktion und den Export von Waffen zunächst einzuschränken und in einem überschaubaren Zeitraum ganz einzustellen.

(Beifall)

Die Rüstungsexporte in Krisengebiete haben generell zu unterbleiben. Wir werden eine Umstrukturierung der Volksarmee und einen schrittweisen Abbau der militärischen Verpflichtungen der DDR einleiten. Die politische Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages dagegen soll intensiviert wer-

den. Dazu wird die Regierung in allernächster Zeit den Kontakt zu den Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten aufnehmen.

Die DDR will ihre besondere Verbindung zu den Völkern Osteuropas auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet entwickeln und vertiefen. Die Verbindungen zur EG werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Die Regierung der DDR würde eine baldige stufenweise Erweiterung der EG begrüßen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Schaffung der Einheit Deutschlands ist verbunden mit der Durchsetzung von Menschenrechten. Der neue Patriotismus soll daher Ausdruck dafür sein, daß wir für Grund- und Menschenrechte eintreten. Deshalb werden wir der europäischen Menschenrechtskonvention beitreten. Wir werden auch um die Teilnahme der DDR an den Beratungen des Europarates ersuchen.

(Beifall)

Bis zur Vereinigung Deutschlands wird die DDR-Regierung über die Ausdehnung der EG auf die heutige DDR verhandeln. Dabei wird es unser Ziel sein, die Festlegung von Fristen bis zur vollen Übernahme der Vertragsverpflichtungen und -rechte zu erreichen. Dies ist besonders wichtig für unsere Landwirtschaft, für das Steuersystem und im Bereich der sozialen und ökologischen Normen.

Für die bestehenden Außenhandelsverpflichtungen der DDR, insbesondere mit der Sowjetunion, müssen Lösungen zur Garantie der Vertragstreue der DDR gefunden werden, die vor allem zu einer Stabilisierung und Stärkung der Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa beitragen. Ich möchte dies hier noch einmal ausdrücklich betonen: Unsere Außenhandelsverpflichtungen mit der Sowjetunion werden strikt eingehalten und im Sinne der Vertragstreue in ein geeintes Deutschland einfließen.

(Beifall)

Ein vereintes Europa muß Friedens- und Verständigungsprozesse in der Welt fördern. Ein geeignetes Mittel dafür sind die Beratungen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Wir werden den Antrag stellen, an diesen Beratungen zukünftig teilzunehmen.

Wir wollen zu einem Friedensprozeß im Nahen Osten beitragen, der das Selbstbestimmungsrecht aller dort lebenden Völker achtet.

Die Beendigung des Ost-West-Konfliktes macht sichtbare Fortschritte. Dies verpflichtet uns, dem Nord-Süd-Konflikt unsere volle Aufmerksamkeit zu widmen. Sicher haben wir Probleme, aber sie sind klein im Vergleich zu den Sorgen und Nöten der Menschen in den Entwicklungsländern. Wir fühlen uns solidarisch mit den Menschen in der Dritten Welt und hoffen auf ein partnerschaftliches Miteinander.

(Beifall)

Gerade nach den hinter uns liegenden Ereignissen ist es für uns von besonderer Bedeutung, die Botschaft von sozialer Gerechtigkeit und Demokratie auch in den Ländern zu unterstützen, mit denen wir schon bisher zusammengearbeitet haben. Daher haben für uns wirtschaftliche, medizinische und soziale Projekte Vorrang.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR wird sich überall auf der Welt in einer zunehmenden Kooperation mit ähnlichen Projekten und Stellen der Bundesrepublik Deutschland entwickeln. Parallel zum Vereinigungsprozeß der beiden Staaten in Deutschland wird es zu einer Verschmelzung des deutsch-deutschen Engagements in den Ländern der Dritten Welt kommen. Unser Ziel muß langfristig eine gerechte Weltwirtschaftsordnung sein, die allen Menschen eine wirtschaftliche Zukunft und eine soziale Perspektive gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Das Programm dieser Regierung der demokratischen Mitte ist anspruchsvoll. Wir wissen, daß wir einen mühsamen Weg vor uns haben. Keine Regierung kann Wunder vollbringen, aber wir werden das Mögliche mit aller Kraft anstreben. Wenn wir das uns Mögliche erkennen und mit Nüchternheit und Umsicht Schritt für Schritt verwirklichen, dann können wir die Grundlagen für eine bessere Zukunft der Menschen in unserem Land legen. Wir bauen dabei auf die Unterstützung, den Mut und die Tatkraft aller Bürger. Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident für Ihre Regierungserklärung.

Verehrte Abgeordnete! Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir die Aussprache der Fraktionen zur Regierungserklärung morgen um 9.00 Uhr auf unserer 4. Tagung der Volkskammer durchführen.

Wir kommen nun zum Punkt 2 der Tagesordnung:

Aktuelle Stunde zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches

Auf der Grundlage des Paragraphen 38 der Vorläufigen Geschäftsordnung der Volkskammer liegt dazu dem Präsidium von der Fraktion Bündnis 90/Grüne ein entsprechender Antrag vor.

Das Präsidium hat sich geeinigt, jeder Fraktion die Möglichkeit einzuräumen, je zweimal 5 Minuten zu dieser Problematik das Wort zu nehmen.

Ich bitte den Abgeordneten Gerd Poppe, Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

Abg. Poppe (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche hier heute nicht nur für die Fraktion Bündnis 90/Grüne, sondern auch im Auftrag der Arbeitsgruppe Neue Verfassung des Runden Tisches. Deshalb bitte ich Sie, für den Fall, daß ich meine Redezeit ein wenig überziehe, nicht nur um Nachsicht, sondern auch darum, dies nicht nur unserer Fraktion anzurechnen.

Der Zentrale Runde Tisch hatte am 7. Dezember 1989 während seiner ersten Sitzung eine Arbeitsgruppe gebildet, um den Entwurf einer neuen Verfassung der DDR auszuarbeiten. Am 12. März 1990, während der letzten Sitzung, wurde ein Teil des Entwurfes am Runden Tisch vorgestellt. Die Arbeitsgruppe erhielt den Auftrag, den Gesamtentwurf im April der Öffentlichkeit zur Diskussion zu übergeben.

Der Volkskammer wurde empfohlen, zur Auswertung der öffentlichen Diskussion die Arbeitsgruppe in die Tätigkeit des neuzubildenden Verfassungsausschusses einzubeziehen, einen Volksentscheid über die neue Verfassung am 17. Juni 1990 herbeizuführen und sich für den Fall der Bildung einer gesamtdeutschen verfassungsgebenden Versammlung dafür einzusetzen, daß der Entwurf Bestandteil der Diskussion wird.

All diese Entscheidungen wurden am Runden Tisch mit großer Mehrheit getroffen. An der Ausarbeitung des Entwurfs waren alle Parteien und Vereinigungen des Runden Tisches beteiligt, darüber hinaus eine Reihe von Experten aus der DDR und aus der Bundesrepublik.

Der Gesamtentwurf wurde in der Plenarsitzung der Arbeitsgruppe am 4. April von Vertretern all jener Parteien und Vereinigungen des Runden Tisches verabschiedet. Diese könnten in ihrer Gesamtheit in der neugewählten Volkskammer durchaus eine verfassungsgebende Mehrheit bilden.

Die am Entwurf Beteiligten waren sich darüber einig, daß eine neue Verfassung wesentlich dazu beitragen würde, das bewußt politisch handelnde Individuum, den mündigen und kreativen,

seine Menschen- und Grundrechte verwirklichenden Bürger zum Träger der Volkssouveränität werden zu lassen.

Die Verfassungsarbeit sollte auch zum konsensfördernden Prozeß zwischen Parteien, Bürgerbewegungen und den Bürgern selbst gestaltet werden.

Die Verfassung schafft erst die Grundlage für den auf der Volkssouveränität beruhenden Rechtsstaat. Erst sie begründet eine ausreichende Legitimation für die Arbeit des Parlaments, auch und gerade eines freigewählten.

Meine Damen und Herren! Sie haben bereits in den beiden ersten Plenartagungen feststellen können - und diejenigen von Ihnen, die schon länger Abgeordnete der Volkskammer sind, kennen das Problem seit Monaten -, daß die gesetzgeberische Arbeit erheblich durch die wöchentlich notwendigen Verfassungsänderungen belastet wird.

Eine Beschlußfassung über verfassungsändernde Einzelgesetze, selbst der Austausch ganzer Kapitel, wird die Schwierigkeiten, die wir mit der noch gültigen Verfassung haben, die immer ein Bestandteil des stalinistischen, administrativ-bürokratischen Systems bleiben wird, nicht beheben.

Deshalb plädieren wir für die Inkraftsetzung des neuen Entwurfs als vorläufiges Grundgesetz durch die Volkskammer und für die Bestätigung durch einen Volksentscheid nach einer öffentlichen Diskussion.

Dieser Diskussion steht nichts mehr im Wege. Zwei Verlage der DDR liefern zur Zeit eine große Anzahl von Exemplaren des Entwurfes aus. Darüber hinaus wurde er in der Presse veröffentlicht.

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß viele von Ihnen bereits begonnen haben, sich mit dem Entwurf vertraut zu machen. Deshalb und in Anbetracht der kurzen Redezeit möchte ich jetzt auf Einzelheiten des Entwurfs nicht eingehen. Gestatten Sie mir nur einige kurze Hinweise.

Wesentliche Grundlagen des Verfassungsentwurfs sind die Menschen- und Bürgerrechte. Auf ihnen ruht der gesamte Entwurf, und das mit gutem Grund. Die Erfahrungen der Bürger der DDR, sowohl die mit der Diktatur als auch die mit dem Demokratisierungsprozeß, dürfen nicht verlorengehen.

Die langjährigen Defizite bewirkten eine besondere Sensibilisierung der Bürger der DDR für die menschliche Würde, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Es wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Menschen- und Bürgerrechte, auch die, die im Grundgesetz der Bundesrepublik nicht enthalten sind, aber den Erfahrungen und den Erwartungen der Bürger der DDR entsprechen, justiziabel, das heißt einklagbar auszuformulieren.

Hinweisen möchte ich Sie auch auf die Artikel, die die Rechte von Parteien, Vereinigungen, Verbänden, Bürgerbewegungen, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften beschreiben, sowie auf die Regelungen zum Schutze von Minderheiten, zur Gleichstellung von Mann und Frau, zum Schutz der natürlichen Umwelt und auf die Ergänzung der parlamentarischen durch direkte Demokratie.

All das sind Verfassungsregelungen, die sich sowohl an den Problemen unseres Landes als auch am Standard modernen Verfassungsdenkens orientieren und die den Erwartungen der Menschen in der DDR entsprechen.

Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an die Veröffentlichung des Umfrageergebnisses eines bekannten Meinungsforschungsinstituts der Bundesrepublik am 10. April. Danach wünschten sich 42% der DDR-Bürger eine neue Verfassung der DDR, 38% wünschten sich eine neue deutsche Verfassung, und nur 9% wollen das Grundgesetz der Bundesrepublik in seiner gegenwärtigen Form übernehmen.

Auch im Hinblick auf das Ziel der deutschen Einheit verspricht der vorliegende Entwurf eine gute Arbeitsgrundlage für das Wirken der Volkskammer zu werden. Die Kapitel, die die Grundsätze, Organe und Funktionen des Staates sowie die Staatsfinanzen regeln, sind weitgehend kompatibel zum Grundgesetz der Bundesrepublik. Übrigens fordert dieses Grundgesetz - Artikel 28 - eindeutig, daß die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern den Grundsätzen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates entsprechen muß. Ein Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland, ohne vorher eine solche verfassungsmäßige Ordnung geschaffen zu haben, wäre demnach grundgesetzwidrig.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne)

Ein letzter Hinweis soll den Übergangs- und Schlußbestimmungen gelten. Ihnen sind Gesetzgebungsaufträge für die Volkskammer zu entnehmen, zum Beispiel für ein Ländererrichtungsgesetz, sowie Aufträge für die Anpassung des geltenden Rechts an die Verfassung. Sie enthalten des weiteren Regelungen zum Schutz des Eigentums- und Nutzungsrechts von DDR-Bürgern. Schließlich ermöglichen sie sogar unter bestimmten Voraussetzungen einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes, wobei ich nicht verhehlen möchte, daß ein solches Verfahren weder den Intentionen dieser Verfassung noch denen der Bürgerbewegungen unseres Landes entspräche.

Meine Damen und Herren! Wenn auch eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes die Herstellung eines einheitlichen Nationalstaates zu wünschen scheint,

(Heiterkeit bei CDU, DA und DSU.
Zuruf: Jetzt reicht es aber!)

- erwiesen ist das noch nicht, der Volksentscheid hat nicht stattgefunden über die Form, in der sich die Einheit vollziehen sollte -

(Beifall bei der PDS und dem Bündnis 90/Grüne)

so sollte sie auf keinen Fall von der demokratischen Selbstkonstitution der Gesellschaft getrennt werden. Die vom Volk selbst gegebene Verfassung, die bewußte und gleichberechtigte Teilnahme am Verfahren der Verfassungsgebung schafft erst die hohe Legitimität und Verbindlichkeit, die die Grundlage für eine nationale Identität bilden können.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter ...)

Ich bin gleich fertig. Einen Moment!

Die Umkehrung dieses Weges käme einem Akt der Unterwerfung gleich und würde den Fortgang des Demokratieprozesses eher gefährden als fördern.

Meine Damen und Herren! Betrachten Sie den Ihnen hiermit anvertrauten Entwurf als das Vermächtnis des Runden Tisches, dessen Arbeit eine wichtige Voraussetzung für unsere heutige parlamentarische Arbeit gewesen ist! Gehen Sie verantwortungsvoll und aufgeschlossen mit diesem abschließenden Resultat der Arbeit des Runden Tisches um, so daß die Menschen in der DDR und dieses Parlament eine Verfassung bekommen, die sowohl den bedeutenden Vorhaben der Zukunft als auch der Entwicklung des demokratischen Rechtsstaates DDR gerecht wird.

(Beifall, vor allem bei der PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Kögler, das Wort zu nehmen.

Abg. Frau Kögler (DA):

Frau Präsidentin! Herr Ministerpräsident! Verehrte Abgeordnete! Mir fiel soeben ein Zitat von Lenin ein: Die Deutschen sind

eigentlich so ein recht legitimitätsbedürftiges Volk. Sie würden also auch noch eine Fahrkarte für den Bahnsteig lösen, bevor sie ihn stürmen.

Die Frage ist also: Wozu brauchen wir noch eine Verfassung?

(Unruhe. Unerhört! beim Bündnis 90/Grüne)

Wir gehen mit eiligen Schritten - und ich denke, das ist die neue beschrittene Politik - auf die Einheit zu.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Der Verfassung, die wir bisher hatten, der sozialistischen, haben wir die Absage erteilt. Das hat das Votum am 18. März eindeutig ergeben.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Es bedarf überhaupt nicht mehr des formellen Aktes, diese Verfassung zum Beispiel außer Kraft zu setzen. Sie ist außer Kraft gesetzt worden durch das Volk, durch die Abstimmung.

(Unruhe im Saal. Jawohl! und Beifall bei CDU, DA und DSU)

Teile und Rudimente dieser 74er Verfassung existieren noch, aber in der Form eines einfachen Gesetzes, und damit ...

(Zuruf beim Bündnis 90/Grüne: Was haben Sie denn für ein Rechtsverständnis? Treten Sie zurück, Sie sind nach dieser Verfassung gewählt!)

Das ist ein demokratisches Rechtsverständnis. Aber verehrter Herr Abgeordneter, vielleicht lassen Sie mich aussprechen! Das ist auch die Meinung der Andersdenkenden, und ich denke, in diesem Parlament dürfen wir das unbeschadet auch zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Ich denke auch, daß ich nicht nur meine Meinung vortrage, sondern die der Mehrheit, nicht nur der Mehrheit, die hier sitzt, sondern auch der Mehrheit des Volkes, die für die Einheit ist. Und das bedeutet für uns konkret, daß wir mit dieser Übergangsregelung oder überhaupt mit Übergangsregelungen, auf die wir uns bitte schön konzentrieren sollen, auch in diesem Hohen Haus orientieren sollen auf eine Angleichung der rechtlichen Regelungen der DDR und der Bundesrepublik. Das wird uns in den nächsten Wochen soviel Kraft und Zeit kosten, bevor wir - und das ist die schnelle Forderung - die Finanz- und Währungsunion überhaupt in Kraft setzen können. Das ist eine Voraussetzung, und da können wir nicht die Zeit verwenden für eine neue Verfassung, von der wir wissen, daß sie nur eine Übergangsregelung wäre, und die außerdem ein Hindernis wäre für die schnelle deutsche Einheit.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Dem Juristen rede ich nicht wie der Blinde von der Farbe, denn ich weiß, welche gesetzgeberischen Hürden damit aufgebaut würden, wenn ich an Zwei-Drittel-Mehrheiten denke, während es ansonsten möglich ist, mit einfacher Mehrheit Gesetzesänderungen vorzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Unsere Forderung, und die steht, denke ich, auch in Übereinstimmung mit der Regierungserklärung, die wir soeben gehört haben ...

(Widerspruch bei der PDS und beim Bündnis 90/Grüne)

Der schnelle Weg zur deutschen Einheit ist das, was wir unserem Volke schuldig sind. Das bedeutet, daß wir uns in den nächsten Wochen auf die Übergangsregelungen konzentrieren wer-

den. Das ist unser Standpunkt als Fraktion CDU/Demokratischer Aufbruch.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Richard Schröder von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das Wort zu nehmen.

Abg. Richard Schröder (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe selbst an dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches eine Zeitlang mitgearbeitet. Was damals zunächst als Fragment dem großen Runden Tisch übergeben wurde, war für mich noch nicht so überzeugend. Aber was jetzt vorliegt, ist nach meinem Urteil eine sehr gute Verfassung.

(Beifall)

Ich bezeuge meinen Respekt denen, die hier offenbar nach der Beendigung der Arbeit des Runden Tisches noch einmal mit ungeheurer Anstrengung den Entwurf überarbeitet haben und eine Vielzahl von Fachleuten, auch aus der Bundesrepublik, in ihre Arbeit einbezogen haben. Dies ist keine Verfassung, die aus Originalitätssucht entstanden wäre.

(Schwacher Beifall)

Ich will hervorheben, daß der Grundrechtsteil vorzüglich ist. Er hat den Katalog der klassischen Freiheitsrechte um die sozialen Sicherungsrechte erweitert: das Recht auf Wohnraum, das durch Kündigungsschutz und staatlich geförderten Wohnungsbau gewährleistet wird; das Recht auf soziale Sicherheit, das durch ein öffentlich-rechtliches Versicherungssystem gewährleistet wird; das Recht auf Arbeit oder Arbeitsförderung, das durch das Staatsziel einer aktiven Beschäftigungspolitik gewährleistet wird. Es wird gegen solche sozialen Sicherungsrechte eingewendet, sie seien nichts wert, da sie nicht individuell einklagbar sind. Vor welches Gericht soll der Arbeitslose gehen? Es ist zwar richtig, daß sie nicht individuell einklagbar sind, aber kein Einwand, denn Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit sind keine Privatsache der Betroffenen, und wir finden das schon gut, wenn dieses, die Herausforderung an die Gemeinschaft durch Wohnungsnot oder Arbeitslosigkeit und anderes, in der Verfassung als Staatszielbestimmung steht.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Wir wollen damit nicht etwa an die Art und Weise anknüpfen, in der die SED bisher das Recht auf Arbeit als große Errungenschaft gelobt und die soziale Sicherheit des Versorgungsstaates gelobt hat, denn wir wissen genau, was damit alles zusammenhing, mit was für nutzlosen, zweifelhaften, unmoralischen Arbeiten Hunderttausende von Funktionären beschäftigt worden sind, die nun auf der ohnehin gebeutelten Staatskasse liegen, wenn sie nicht direkt aus der Schweiz finanziert werden, und dazu möchte ich bei der Gelegenheit aus einem Brief verlesen, von einem Herrn Michael Schalck, gerichtet an den Bürgermeister der Stadt Gantersheim vom 30. März 1990. Ich lese nur ein Stück vor.

„Ich bin seit etlichen Jahren als Finanzmakler in der Bundesrepublik und der Schweiz, ich darf sagen, sehr erfolgreich tätig. Auf Grund dieser Reputation und enger verwandtschaftlicher Beziehungen in der DDR bin ich beauftragt worden, die Möglichkeiten eines standesgemäßen Alterswohnsitzes für wohlhabende, auf Grund der politischen Entwicklung in den Ruhestand gewechselte prominente Persönlichkeiten der DDR auszuloten. Geplant ist eine in sich abgeschlossene Siedlung für die etwa 100 durchweg älteren, teilweise kränklichen Personen und ihre Ehepartner bzw. Lebensgefährten in klimatisch und landschaftlich schöner Lage zu errichten. ... Finanziert wird dieses Zentrum aus einem sehr großzügig dotierten Sonderfonds, der bei Schweizer Bankinstituten deponiert ist.“ - Kopie bei mir erhältlich.

(Bewegung im Saal)

Also, mit dieser Art sozialer Sicherheit wollen wir nichts zu tun haben. Da wird noch aufgeräumt werden müssen. Wir meinen, es entspricht der gesellschaftlichen Wirklichkeit eines modernen Industriestaates, daß die elementaren Existenzsicherungen, die früher mal Privatsache der Familie waren, nun Aufgabe des Staates geworden sind. Ich möchte darauf hinweisen, daß dieses auch Teil der Koalitionsvereinbarung ist. Ich zitiere:

„Bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung der DDR oder, falls es nicht dazu kommt, bei der Veränderung des Grundgesetzes, ist es das Verhandlungsziel der Regierung, die sozialen Sicherungsrechte als nicht einklagbare Individualrechte einzubringen. Das gilt vornehmlich für das Recht auf Arbeit, Wohnung und Bildung. Diese Rechte werden in der Form von Staatszielbestimmungen gewährleistet.“

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Es gibt aber trotzdem nun noch ein Problem mit dieser neuen Verfassung. Obwohl diese Verfassung nach meinem Urteil vorzüglich ist, muß ich doch über die vom Bündnis 90/Grüne hier geforderte Fragestunde zur neuen Verfassung meine Verwunderung ausdrücken, denn ich habe den Verdacht, daß hier mit ernstlichen Dingen bloß taktiert wird. Der Verfassungstext ist gestern im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht worden. Die Abgeordneten konnten sich ja noch gar keine gründliche Meinung darüber bilden.

(Beifall, vor allem bei CDU, DA und DSU)

Ich kann sogar beweisen, daß viele der Redner in der vorigen Debatte, also vorige Woche, den Verfassungstext noch nicht gekannt haben können. Donnerstag wurde von den Fraktionen der PDS und Bündnis 90/Grüne mit großem moralischem Aufwand Einzelabstimmung über die Minister gefordert. Die das gefordert haben, haben vermutlich den Artikel 71 des Verfassungsentwurfs nicht gekannt. Da wird nämlich überhaupt nicht über Minister abgestimmt, sie werden auf Vorschlag des Ministerpräsidenten vom Präsidenten der Volkskammer ernannt und entlassen.

(Beifall, vor allem bei der SPD und der CDU)

Ich komme langsam zum Schluß und will folgendes sagen: Probleme haben wir mit der Frage, wann wir diese Verfassung einführen können. Führen wir sie sofort ein, dann ist es eine Verfassung, die unserer Wirklichkeit nicht entspricht, denn vorgesehen ist die Existenz von Ländern und ein Steuersystem, das wir noch nicht haben. Führen wir sie aber ein, nachdem die Länder eingerichtet sind, dann haben wir in der Zwischenzeit nicht den Grundrechtsschutz, der erst durch die Verfassung gewährt werden soll. Deswegen haben wir in den Koalitionsvereinbarungen uns für ein anderes Prinzip eingesetzt, für das Bausteinprinzip. Wir werden sofort ein Staatsorganisationsgesetz einführen, das uns von dem Teil der alten Verfassung erlöst, in dem das gestanden hat, was jetzt Grundlage unseres Handelns ist, und wir werden so, wie der Reformprozeß weitergeführt wird, Teile, Pakete von verfassungsrechtlichen Bestimmungen in Kraft setzen. Für diese Pakete könnte der Verfassungsentwurf des Runden Tisches durchaus als Material dienen, und man kann, wenn der Reformprozeß soweit gediehen ist, daß er einigermaßen dem entspricht, was diese Verfassung vorsieht, über die Frage der Inkraftsetzung einer solchen Verfassung noch einmal reden.

(Beifall, vor allem bei der SPD und bei CDU, DA und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Prof. Dr. Riege von der Partei des Demokratischen Sozialismus, das Wort zu nehmen.

Abg. Prof. Dr. Riege (PDS):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Fraktion der Partei des Demokratischen Sozialismus kann ich sagen, daß wir diese vom Runden Tisch ausgearbeitete und unterbreitete

Verfassung als eine Leistung bewerten, die unseren Respekt verdient.

Ich möchte auch meinen Dank für diese Arbeit zum Ausdruck bringen, von der ich meine, daß sie professionell gut geleistet worden ist durch eine Fülle von politisch und juristisch kompetenten Bürgern unseres Landes und Persönlichkeiten, die darüber hinaus einbezogen worden sind. Wir sehen darin ein Ergebnis einer demokratischen Bemühung, das uns vorgelegt ist. Unserem Erachten nach steht dieser Entwurf auch in der demokratischen deutschen Verfassungstradition, in der Verfassungsgeschichte, so wie sie sich verbindet mit dem Verfassungsentwurf des vorigen Jahrhunderts 1848/49, mit der Weimarer Verfassung, wie sie sich verbindet mit den Länderverfassungen, die nach dem Kriege ausgearbeitet worden sind, und die auch eine Bezugnahme hat im inhaltlichen Sinne zur Verfassung der DDR von 1949. Unserem Erachten nach ist dieser Verfassungsentwurf durchdrungen von einem demokratischen und humanistischen Grundgestus. In ihm sehen wir die eigenen Erfahrungen, die auf dem Gebiet unseres Landes gesammelt worden sind, die positiven wie die negativen, verarbeitet. Wir sehen darin ausgedrückt das, was der gegenwärtige Stand des Völkerrechts ist, insbesondere in bezug auf die Menschen- und Bürgerrechte. Wir finden aufgenommen in dieser Verfassung das, was sich mit den globalen Problemen verknüpft, nicht nur hinsichtlich der Ökologie, aber das auch und in besonderem Maße. Wir finden in die Verfassung einbezogen eine subtile, gründliche Verständigung über das, was das Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland uns sagen könnte. Und: Wir sehen sie offen für die Bedürfnisse, die sich in unserer Gesellschaft, in Staat und Wirtschaft entwickeln. Vielleicht darf ich sagen: Wir bewerten sie als den Entwurf einer sehr demokratischen Verfassung für unser Land und seine Bürger. Wir halten eine neue Verfassung der DDR für notwendig. Frau Kollegin Kögler mag verzeihen, wenn ich das anders als sie sehe. Es gibt dafür eine ganze Reihe von Gründen, die man nennen könnte. Sie würde uns geben ein rechtliches Fundament und Raum für Selbstverwirklichung des einzelnen und für die Zusammenschlüsse der Bürger, für unser Volk.

Das Thema Volkssouveränität wurde hier schon berührt. Die Kombination von unmittelbarer Demokratie und Vertretungsdemokratie halten wir für bedeutsam. Diese Verfassung könnte, wenn sie in Kraft gesetzt wäre, eine solide rechtliche Basis sein für staatliches Handeln, für das demokratische Miteinander aller politischen Kräfte unseres Landes. Sie würde Rechtsstaatlichkeit fördern und Verfassungsbewußtsein, das wir nötig haben in unserer Gesellschaft, und einen Beitrag dazu leisten können, daß wir Rechtskultur und politische Kultur pflegen und ausprägen.

Diese Verfassung liegt auch nach unserer Überzeugung im Interesse der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Bürger in einem Einigungsprozeß der beiden deutschen Staaten, der ja ein gleichberechtigter Prozeß sein soll. Und wir glauben, er würde unserer Regierung hilfreich sein können, dieses Interesse zur Geltung zu bringen, auch dadurch, daß in diesem Verfassungsentwurf auf wichtigen Gebieten die strukturelle Paßfähigkeit zu den Strukturen der Bundesrepublik benannt ist. So dürfen wir also die Verfassung in dem vorliegenden Entwurf auch sehen als ein Angebot für die Verfassung eines geeinten Deutschlands, die nach meiner Überzeugung ebensowenig das Grundgesetz sein kann wie dieses Deutschland nur die territorial erweiterte Bundesrepublik Deutschland darstellen könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Und all das kann die geltende Verfassung - und da stimme ich mit Aussagen, die schon gemacht worden sind, überein - nicht mehr leisten. Überdies kann das auch die Verfassung der Bundesrepublik, das Grundgesetz, in diesem Maße nicht leisten. Wir sind für eine große Publizität, was diesen Verfassungsentwurf anbetrifft. Die Veröffentlichung im „Neuen Deutschland“ gestern belegt das.

(Unruhe bei der CDU)

Wir sind für eine allgemeine Diskussion in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit unseres Landes.

Und wir plädieren dafür, daß dieser Entwurf im Parlament, in den anderen Volksvertretungen unserer Republik, in den Strukturen dieser Organe erörtert wird.

Wenn man in die Details des Verfassungsentwurfs gehen würde, könnte man eine ganze Reihe von Punkten finden, bei denen auf der Basis einer generellen Zustimmung Präzisierungen, Veränderungen, Verbesserungen nötig und möglich wären. Ohne daß ich im einzelnen jetzt Vorschläge unterbreiten möchte, würde ich glauben, daß sich selbst in diesem auch aus meiner Sicht vorzüglichen Grundrechtsabschnitt solche Varianten anbieten. Darüber könnte gesprochen werden. Ich könnte mir vorstellen, daß es auch andere Sichtweisen gibt, z. B. in dem Feld jener Regelungsvorschläge, die sich beziehen auf das Verhältnis von Parlament zu anderen Organen im Sinne der Ausprägung eines noch stärkeren echten parlamentarischen Systems. Das berührt z. B. das Problem der Bindungswirkung eines dem Modell des Bundesverfassungsgerichts nachgebildeten Verfassungsgerichts für diese DDR, das ja mit einer Mehrheit von Richtern, die sich auf ein Gremium von maximal 9 beziehen, Entscheidungen treffen könnte, die Bindungswirkung für das Parlament haben.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter.)

Ja, ich komme zum Schluß. Danke. - Wir sind für die Autorisierung dieser Verfassung durch die Bevölkerung, die nicht verfaßt werden sollte, sondern sich in einem solchen Prozeß der Diskussion ihre Verfassung als Subjekt selbst geben sollte, um so mehr, als mit dem, was auf uns zukommt, auch mit Hilfe einer Verfassungsordnung die Befindlichkeiten der Bürger in einer Vielfalt unmittelbar berührt sind. - Danke.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte von der Fraktion der Deutschen Sozialen Union den Abgeordneten Jürgen Schwarz, das Wort zu nehmen.

Abg. Schwarz (DSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere Stellung zum Verfassungsentwurf des Runden Tisches ist folgende: Die Bürger der DDR haben bei der Volkskammerwahl am 18. 3. eindeutig dem zukünftigen Parlament den Auftrag erteilt, die Einigung Deutschlands herbeizuführen. Diesem Ziel fühlen wir uns fest verpflichtet, das heißt, wir setzen alle Kraft ein, dieses Ziel so schnell als möglich zu verwirklichen. Dazu ist der oft zitierte Weg des Artikels 23 des Grundgesetzes der BRD eine hervorragende Möglichkeit.

Nun liegt uns dieser Verfassungsentwurf vor. Was will er? Wozu dient er? Welche Lebensdauer kann man ihm einräumen? Dieser Entwurf kann also nur Übergang, Zwischenlösung bedeuten; denn wie lange soll diese DDR noch bestehen - ein Jahr, zwei Jahre, vier Jahre? Eine Verfassung braucht eine breite Basis. Sie muß getragen werden von der wirklich breiten Mehrheit des Volkes. Dazu muß sie diskutiert werden, vorgestellt werden, Vorträge, Änderungen, gesichtet, aufgearbeitet werden - also monatelange Arbeit. Wir als DSU wollen keine Neukonsolidierung der DDR.

(Beifall bei CDU, DSU, DA)

Wir halten Mühe und Aufwand für ungerechtfertigt. Viel größere wirtschaftliche und soziale Probleme müssen jetzt gelöst werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger will sich eine neue Existenz schaffen und in einem alten Rahmen neue Inhalte sehen. Wir wissen, daß diese neue Ordnung viel Selbstbewußtsein und Optimismus braucht, daß wir jetzt alle um Profil ringen müssen. Deshalb sehen wir diesen Entwurf als nicht zeitgemäß. Der Bürger wird irritiert. Wieder Zweistaatlichkeit? Wieder Verfassungsmauern? Wollen wir es also noch einmal allein versuchen? Der gesamte innere und äußere Zustand dieses Landes gibt hier eine ganz klare Antwort: nein. Wir brauchen die Einheit zum Überleben, zur Vermeidung des Chaos.

(Beifall bei CDU, DSU, DA)

Doch der jetzige Zustand ist ebenfalls nicht akzeptabel. Die bisherige Verfassung der DDR ist von ihren Schreibern und Verkündern pausenlos gebrochen worden. Sie hat keine Autorität. Sie ist ein Fragment, das in vielen Punkten in den Papierkorb gehört. Und wohlklingende Formulierungen fanden in der sozialistischen Praxis ja überhaupt keine Resonanz. Die führende Partei und ihr Apparat haben sie ja praktisch ständig gebrochen. Wir schlagen als Übergangslösung die Verfassung von 1949 als Grundlage vor.

Da steht z. B. in Artikel 1: Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik. Sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. Sie formuliert also die Einheit als Staatsziel. Sie beinhaltet die Länderstrukturen. Viele Artikel können dem jetzigen Stand entsprechend angeglichen werden. Das geht einfacher und ist unserer Situation besser entsprechend. Das ist mit relativ geringen Korrekturen möglich. Ich bin mir sicher, daß unsere Bürger dieser Position zustimmen werden.

Und noch ein Wort zu Ihnen, Kollegen vom Bündnis 90. Ihnen sage ich eindringlich als meine Antwort auf Ihre Reaktion, als es um die Novemberrevolution ging: Auch wir waren in der ersten Reihe, als es in Dresden z. B. darum ging, an den Hauptbahnhof zu kommen, als Wasserwerfer eingesetzt wurden, als wir in der Prager Straße umstellt waren von Polizei, und nur ein paar Kirchenleuten war es zu verdanken, daß das alles so unblutig verlief. Sie haben die Revolution nicht gepachtet. Ihre Darstellung, die Darstellung des Herrn Dr. Ullmann,

(Beifall bei CDU, DSU, DA)

die schlimme Darstellung in der letzten Sitzung, daß nur die Hiergebliebenen die Wende erkämpft haben, ist völlig falsch. Der Druck der Flüchtlinge in den Botschaften, die großartige Geste Ungarns durch das Öffnen der Grenze - das war ein entscheidender Punkt, der die Bruchigkeit dieses bestehenden Systems zeigte,

(Beifall bei CDU, DSU, DA)

dem die Bürger, vor allem die jungen, in Scharen davonliefen. Und es werden wieder mehr, wenn Leute wie Sie das Sagen haben.

(Beifall bei CDU, DSU, DA)
(Protest bei Bündnis 90/Grüne)

Begnügen Sie sich endlich mit dem Platz, der Ihnen legitimiert zusteht. - Danke.

(Beifall bei CDU, DSU, DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Prof. Dr. Ortleb von der Fraktion der Liberalen, das Wort zu nehmen.

Abg. Prof. Dr. Ortleb (Liberales):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, eine Grundfrage bei dieser Diskussion ist: Was für eine Verfassung wollen wir jetzt? Ich selbst habe einen großen Respekt vor dem Begriff Verfassung. Ich kann das also nicht mit drei Worten innerlich abtun. Aus diesem Grunde möchte ich erklären: Wenn wir eine Verfassung deswegen brauchen, damit wir eine vorhandene, als fragwürdig brauchbare erkannte nicht ständig so ändern müssen, daß sich für uns daraus das Problem ergeben kann, daß die Verfassung sich selbst widerspricht - was ja beim Bauteiltausch auch bei einer Maschine passieren kann -, wenn dieses Verfahren nicht gangbar ist, dann würden wir eine Verfassung brauchen, die einen Zweck haben würde: Die Regierungsabsichten und die Volksabsichten und auch die Absichten dieses Parlaments darin zu vereinigen, daß wir den Weg des Zusammenwachsens in Deutschland suchen.

Dabei habe ich bei der vorgelegten Verfassung Zweifel. Die Zweifel resultieren aus folgendem: Es ist vom Abgeordneten Schröder in der vorigen Woche von „Prosa“-Verfassungstexten

gesprochen worden. Ich glaube, daß bei dieser Verfassung, ich meine der Vorlage, die uns heute zur Debatte unterbreitet wird, ein wenig der Weg gewählt worden ist: Man schreibe alles das auf, was in der alten DDR negativ war, drücke das Positivum dafür aus und mache das zur Verfassung. Ich glaube, dadurch entsteht eine in sich unvollständige Verfassung, insofern, daß nur das gewünschte Positivbild zu einem ehemaligen Negativbild der DDR gemacht wird. Auch das ist Prosa. Wir sollten versuchen, wenn es darum geht, eine - ich will es ganz lax sagen und bitte um Verzeihung für das Wort, ich habe meinen Respekt vor der Verfassung schon ausgedrückt - Übergangsverfassung haben wollen, dann sollten wir sie rationell erarbeiten. Und rationell darf nicht heißen, daß am Vorabend die Tagesordnung wieder einmal neu beschlossen wurde. Wir können uns an vorige Woche erinnern, wo es knapp zugeht in der Tagesordnung, und heute früh steht die Fraktion wieder vor der Frage, zu einem ganz anderen als dem erwarteten Diskussionsgegenstand zu diskutieren. Ich glaube, wir sind es dem Volk schuldig, daß wir sorgfältig und mit Sachgemäßheit, langsam aber dennoch zügig arbeiten. Und dazu gehört, daß wir Tagesordnungen nicht ständig neu gestalten.

(Beifall bei CDU, DSU und den Liberalen)

Es geht um die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit dieses Parlaments.

Und noch eine Bemerkung ganz zum Schluß, weil Abgeordneter Schröder auf den Brief verwies. Der Bund Freier Demokraten hat diesen Brief von der ominösen Firma am Donnerstag voriger Woche bekommen. Wir haben ihn an Minister Diestel inzwischen weitergeleitet. Wir wollen nicht hoffen, daß es eine Postwurfsendung ist. Er ist uns aus Gottleuba zugegangen. Wir zumindest haben geprüft, daß die angegebene Firma - zumindest als Telefonnummer - existiert. Herr Minister, ich bitte Sie, die Sache zu überprüfen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Dr. Watzek von der Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, das Wort zu nehmen.

Abg. Dr. Watzek (DBD/DFD):

Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! In ihren Programmen haben sich die Demokratische Bauernpartei Deutschlands und auch der Demokratische Frauenbund Deutschlands eindeutig für die Verabschiedung einer neuen Verfassung der DDR im Jahre 1990 ausgesprochen. Ganz in diesem Sinne haben Vertreter der DBD aktiv in der Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ am Runden Tisch mitgearbeitet.

Wir sehen eine neue Verfassung als eine dringende Notwendigkeit und zeitgemäße Aufgabe an, weil die noch immer gültige Verfassung der DDR nicht mehr den aktuellen Anforderungen gerecht werden kann. Unser Land braucht eine neue Verfassung und kein Stückwerk, das für jede gesetzliche Initiative verändert werden muß. Das ist nach unserer Auffassung auch eine Voraussetzung für eine effektive Arbeit der Volkskammer und der Regierung der DDR.

Wenn hier die Frau Abgeordnete Kögler und in der letzten Volkskammertagung der Innenminister, Herr Diestel, erklärten, daß sie sich nicht an die noch bestehende Verfassung gebunden fühlen, dann halte ich das für unerträglich, halte es aber auch aus der Sicht heraus für notwendig, eine neue Verfassung in Kraft zu setzen als Grundgesetz unseres Landes, solange dieses Land noch besteht, unabhängig davon, ob das ein Jahr oder zwei Jahre sind. Uns geht es dabei nicht darum, wie das der Abgeordnete Schwarz darlegte, eine Neukonsolidierung der DDR zu erreichen, nein, es geht uns darum, damit auch einen Beitrag zu leisten für eine zukünftige gemeinsame Verfassung eines deutschen Landes.

(Beifall bei PDS und DBD/DFD)

Wir sind der Meinung, daß in diesem Verfassungsentwurf die Erkenntnisse und Erfahrungen progressiver deutscher Verfassungsgeschichte aufgearbeitet sind und auch fortschrittliche Verfassungen anderer europäischer Staaten Berücksichtigung fanden. Wir sind auch der Meinung, daß der Verfassungsentwurf in einer Reihe wichtiger Fragen über die gegenwärtige Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, über das Grundgesetz hinausgeht. Dazu gehört vor allem die verfassungsrechtliche Regelung des Wirkens von Bürgerbewegungen und Initiativen, die Verbindung von parlamentarischer und Volksgesetzgebung, die weitergehende Ausgestaltung der Bürger- und Menschenrechte, die ausdrückliche Festschreibung der nationalen Rechte der Sorben, die verfassungsrechtliche Regelung der Verantwortung für den Umweltschutz sowie auch die Probleme der Gleichstellung von Frau und Mann.

Die Fraktion der DBD/DFD tritt dafür ein, daß der vorliegende Entwurf der Verfassung der DDR unverzüglich in der Bevölkerung zur Diskussion gestellt werden soll und zum frühestmöglichen Zeitpunkt bestätigt wird. Nach unserer Auffassung kann die DDR mit einer solchen Verfassung Bedeutendes in den Vereinigungsprozeß der beiden deutschen Staaten einbringen.

(Beifall bei PDS, Bündnis 90/Grüne und DBD/DFD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun den Abgeordneten Werner Schulz von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

Abg. Werner Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spare mir, auf Einzelheiten und Vorzüge dieser Verfassung zu sprechen zu kommen. Das hat der Abgeordnete Schröder bereits vortrefflich getan. Allein der Umstand, wie diese Verfassung über eine Aktuelle Stunde dem Hohen Haus bekannt wird, offiziell bekannt wird, ist beklagenswert. Wir versuchen seit 14 Tagen, Ihnen diesen Verfassungsentwurf in einer würdigen Form zu übergeben, und haben bereits bei der konstituierenden Sitzung 300 Exemplare davon der Volkskammer zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Sie fragen bitte in Ihren Fraktionen nach, wo Ihr Exemplar des Verfassungsentwurfs geblieben ist. - Aber so kann man auch eine Diskussion abwürgen.

Der Verlauf dieser Debatte, insbesondere die von der - ich darf sie ja wohl noch „Allianz“ nennen - geprägten Position, offenbaren das jeder revolutionären Freiheits- und Demokratiebewegung bekannte Schicksal der Gegenreaktion. Während Außenstehende unseren politischen Sieg über ein totalitäres System bewundern, laufen wir Gefahr, die Möglichkeiten einer zunächst selbstgestalteten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Hausruck zur deutschen Einheit zu verschenken. Aber die Art, in der sich die Vereinigung vollzieht, wird über die demokratische Reife der Deutschen wesentlich mehr aussagen als alle Beteuerungen über ihre endgültige und unwiderrufliche Einbindung in die Familie der europäischen Verfassungsstaaten.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Offensichtlich halten einige hier das Grundgesetz der Bundesrepublik für das nicht mehr überbietbare Verfassungsoptimum auf deutschem Boden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Es scheint als die Lösung, einfach das zu übernehmen, was sich vermeintlich in über 40 Jahren bewährt hat. Aber mit der Übernahme des Grundgesetzes ist noch gar nichts von dem gewonnen, was die bundesdeutsche Gesellschaft an Demokratiefähigkeit tatsächlich entwickelt hat, meine Damen und Herren. Zu bezweifeln ist auch, ob die Probleme im Zusammenwachsen beider deutscher Staaten mit einer Verfassung zu bewältigen sind, die in ihren Passagen vom Zeitgeist der 40er Jahre geprägt ist. Wir sollten sensibel auf Stimmen hören, die uns auf die Kluft zwi-

schen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik hinweisen.

Ein Zitat aus Ihrer Koalitionsvereinbarung:

„Bei der weiteren Gestaltung der Verfassung tritt die Koalition für Übergangsregelungen ein, die sowohl die Verfassung von 1949 als auch den Verfassungsentwurf des Runden Tisches berücksichtigen.“

Abgesehen von der Sprachfloskel „bei der weiteren Gestaltung“ - Sie wissen, was dann immer für Worte kamen, aber das sehe ich Ihnen nach, wir alle lernen ja in diesem Prozeß - : Welche Verfassung wollen Sie denn gestalten, frage ich Sie? Welche wird von dem angestrebten Verfassungsgericht, das uns der Herr Ministerpräsident vorgeschlagen hat, einklagbar sein? Welche Verfassung wird denn durch eine Verfassungsschutzbehörde überhaupt geschützt, Herr Diestel?

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Für die Beantwortung dieser Frage wäre ich Ihnen sehr dankbar. Und Herr Schwarz, auch die 1949er Verfassung müssen Sie per Volksentscheid in Kraft setzen. Und Formulierungen, wie: „Leute wie Ihnen, da ist uns Angst“, das sind wir gewöhnt. Da wird uns, glaube ich, gar nicht mehr schwarz vor Augen.

(Heiterkeit)

Herr Diestel ließ uns noch als designierter Innenminister wissen, daß er sich der noch gültigen Verfassung nicht mehr verpflichtet fühlt.

Frau Kögler vom Demokratischen Aufbruch ist da der Auffassung, daß diese Verfassung im Zuge der Revolution abgeschafft ist. Liebe Frau Kögler! Mir drängt sich der Eindruck auf, daß bei Ihrem Rechtsbewußtsein für das Verbot Ihrer anwaltlichen Tätigkeit nicht nur willkürliche Gründe ausschlaggebend waren.

(Vereinzelt Beifall, vorwiegend PDS-Fraktion.
Bewegung im Saal)

Bei der Parteidiskussion um die Eidesformel der Regierung konnte zum ersten Mal der Entwurf der neuen Verfassung

(Zuruf eines CDU-Abgeordneten: Aufhören!)

seine Nützlichkeit erweisen, aber statt Rechtssicherheit wird mit diesen Diskussionen eher Verfassungsrechtsunsicherheit verbreitet. Welch ein Glücksumstand, daß der Pressesprecher der Nationalen Volksarmee gestern noch die Wahrnehmung des Verfassungsauftrages der Armee gemäß Art. 7 erklärt hat.

(Zwischenruf der Präsidentin: Herr Abgeordneter! Die 5 Minuten sind weit überschritten. Kommen Sie bitte langsam zum Schluß.)

Ich frage deshalb ernsthaft, wer außer dem Souverän, dem bekannten „Wir sind das Volk“, könnte die Verfassung außer Kraft setzen. Selbst das einstimmige Votum dieser Volkskammer, demokratisches Grundverständnis vorausgesetzt, kann diese Verfassung nicht aufheben. Immerhin wurde sie 1968 im Gegensatz zum Grundgesetz, das in seiner Präambel mit einer Entstehungslüge lebt, durch einen Volksentscheid angenommen.

(Heiterkeit bei der CDU-Fraktion)

Ich möchte hier nicht die Gewissensfrage stellen, wer von Ihnen im Saal damals dieser Verfassung zugestimmt hat. Ich nehme an, es würde eine Zweidrittelmehrheit ergeben.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei der SPD)

(Zwischenruf der Präsidentin: Herr Abgeordneter! Kommen Sie jetzt bitte zum Schluß. Wir haben Ihnen schon weit über 5 Minuten gestattet.)

Ich kann auch hier abbrechen.

(Beifall der CDU-Fraktion)

Ich denke, Sie sollten sich in der Toleranz des Zuhörens noch üben.

(Vereinzelt Beifall)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter Krause! Ich bitte im Sinne des Verlaufes... Die Christlich-Demokratische Union hat jetzt noch die Gelegenheit, das Wort zu nehmen, und vielleicht werden Sie Ihre Frage dann mit los.

(Zuruf des Abg. Dr. Günther Krause: Ich möchte bloß im Sinne der Beratung feststellen dürfen.)

(Bewegung im Saal)

Es tut mir leid, Herr Abgeordneter Krause. Wir haben...

(Unverständlicher Zuruf des Abg. Dr. Günther Krause, da nicht über Mikrofon gesprochen. Beifall der CDU-Fraktion)

Ich möchte die Abgeordneten bitten, einen fairen Meinungsstreit hier durchzuführen und auch in meinem Sinne persönliche Angriffe, bitte nicht durchzuführen, und ich bitte jetzt im Sinne der Weiterführung der Diskussion den Abgeordneten Herrn Becker, das Wort zu nehmen.

Abg. Becker (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Wählervotum am 18. März war ein Votum für die deutsche Einheit, und zwar für die schnell zu vollziehende. Verfassungsrechtlich bietet sich der Weg des Beitritts nach Art. 23 des Grundgesetzes der BRD als der direkte Weg an. Die CDU respektiert und nimmt auch dankbar den Versuch des Runden Tisches für einen verfassungspolitischen Neubeginn in der DDR auf; denn eines verfassungspolitischen Neubeginns in Richtung auf eine freiheitliche, rechtsstaatliche, soziale und bundesstaatliche Demokratie bedarf es in der DDR sehr rasch.

Ohne daß ich mich hier auf die Frage einlassen will, wie weit Teile der alten sozialistischen Verfassung des Landes überhaupt noch gültig sein können, begrüßen wir den breiten Konsens in unserem Land und das breite Votum unserer Bevölkerung für eine solche freiheitliche und demokratische Verfassungsänderung, wie dies in der Wahl vom 18. März seinen Ausdruck gefunden hat.

Der Runde Tisch hat sich mit seinem Verfassungsentwurf bei der Diskussion um die weitere verfassungspolitische Entwicklung gerade auf diesem Hintergrund ein sicher richtiges und wichtiges Verdienst erworben. Ungeachtet dessen stellt sich jedoch die Frage, ob es wirklich dem Willen der Menschen in unserem Lande entspricht, den großen Neubeginn für eine gesamtdeutsche Demokratie zunächst über den Umweg einer komplett neuen DDR-Verfassung zu gehen; denn eine neue Verfassung braucht Zeit, braucht zur Reife Zeit.

So gut oder schlecht der Vorschlag des Runden Tisches auch sein mag, aber er würde diesen Reifeprozess erfordern - das ist hier schon gesagt worden -, indem die Kontroverse den Willen zu gemeinsamer Staatlichkeit einschläfern könnte. Der Runde Tisch hat sich bei der Erarbeitung seines Verfassungsentwurfs ausdrücklich zu den Grundprinzipien und Grundwerten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bekannt. Das wurde auch vom „Bündnis 90“ so dargelegt. Er hat mit Recht in dankenswerter Weise davon gesprochen, daß er sich bewußt am Grundgesetz orientiert. Dies zeigt, daß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auch der Maßstab für die künftige gesamtdeutsche Demokratie sein muß und sein wird.

Der Grundgesetzgeber hat im Jahre 1949 allen den Teilen Deutschlands und allen den Menschen Deutschlands, die sich an

der damaligen Schöpfung einer freiheitlichen und einheitlichen deutschen Demokratie nicht beteiligen konnten, also vor allen Dingen uns in der DDR, das Recht und die Chance eröffnet, durch den Beitritt zur BRD nach Art. 23 auch in den Genuß dieser freiheitlich-demokratischen Werte und dieser Verfassung zu gelangen, die unter den Verfassungen freiheitlicher Demokratien heute in der ganzen Welt als vorbildlich gilt.

Wenn nicht das Grundgesetz in die DDR kommt, gehen die Menschen zum Grundgesetz,

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

schon deshalb, weil Grundgesetz, freiheitliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft ein Ganzes bilden und unteilbar sind. Das haben die Menschen erkannt. Dafür haben sie votiert.

(Zuruf eines Abgeordneten der PDS-Fraktion:
Für die Mark haben sie votiert!)

Dafür sind sie auf die Straße gegangen, und daran wollen sie teilhaben. Ein Beitritt nach Art. 23 läßt zwar die rechtliche Identität der BRD nach innen wie außen unberührt. Verändert wird aber die reale Gestalt, in der sich die Menschen der DDR mit ihrer Würde und ihren geschichtlichen Erfahrungen einbringen.

(Zuruf eines Abgeordneten der PDS-Fraktion: Womit denn?)

Ängste vor einem Identitätsverlust, vor angeblicher Vereinahmung und Anschluß werden mit der Erarbeitung der Anpassungs- und Übergangsregelungen deutlich entkräftet.

Wir sind vom Volk gewählt. Also können wir nur im Interesse des Volkes handeln.

(Beifall bei CDU, DSU, DA und der SPD)

Vor uns steht die Aufgabe, schneller, wohl durchdachter gesetzgeberischer Arbeit. Die Fraktion der CDU/DA stellt sich den großen verfassungspolitischen Herausforderungen der deutschen Einheit auf der Grundlage unseres Bekenntnisses zu jenen Grundwerten und Grundprinzipien, wie sie das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Menschen dort schon realisiert hat.

(Beifall bei CDU, DSU und DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Abg. Seils, das Wort zu nehmen.

Abg. Frau Seils (SPD):

Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der hier vorgelegte Entwurf einer neuen Verfassung zeigt in sichtbarer Weise, daß in den letzten Monaten hier in der DDR nicht nur protestiert worden ist und mit aller Gewalt ein altes System abgeschüttelt worden ist. Vertreter vieler Parteien und politischer Vereinigungen haben daran gewirkt, die Visionen eines freiheitlichen und demokratischen Gemeinwesens in rechtliche Regelungen umzusetzen. Dafür gebührt ihnen ein besonderer Dank.

Ich möchte auf einige Punkte näher eingehen. Die Gestaltung und Festschreibung von Menschen- und Bürgerrechten hat in der Geschichte der Staaten eine lange Tradition. Menschen- und Bürgerrechte sind über die Jahrhunderte weiterentwickelt und dem Stand der Entwicklung menschlichen Zusammenlebens angepaßt worden.

Der im Entwurf einer neuen Verfassung der DDR enthaltene Katalog der Menschen- und Bürgerrechte entspricht in hervorragender Weise dieser Entwicklung. Das trifft für mich in besonderer Weise zu für den Schutz des einzelnen und den Schutz der Schwachen in der Gesellschaft. Besonders zu erwähnen ist dabei der Satz „Jeder schuldet jedem die Anerkennung als Gleicher“, desweiteren die Sicherung der Rechte der Frauen, der Kinder,

der Fremden oder Ausländer und der besondere Schutz der alten Menschen.

Für meine Generation, die in einer immer stärkeren existentiellen Bedrohung der natürlichen Umwelt aufgewachsen ist, ist die Festschreibung der Verpflichtung des Staates und aller seiner Bürger zum Schutz der natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage künftiger Generationen, also unserer Kinder und Kinderkinder, eine der wichtigsten Regelungen dieses Katalogs.

Wie soll denn nun mit diesem Entwurf umgegangen werden? Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes leben im Augenblick in einer Phase außerordentlicher Rechtsunsicherheit. Fast jede Gesetzesinitiative, die in diesem Parlament eingebracht wird, ist verbunden mit einer Verfassungsfrage. Wir bewegen uns ständig in den Ketten der Rechtsregelungen der letzten 40 Jahre, die wir doch eigentlich abzuschütteln versuchen. Eine neue Verfassung würde uns in den Stand versetzen, über einen Rahmen für die rechtsgestaltende Arbeit von der untersten Ebene dieses Staates an zu verfügen. Wir würden in die Lage versetzt, endlich hinein in die zukünftige Gestalt eines menschlichen Zusammenlebens zu arbeiten. Dabei wäre darauf hinzuwirken, daß die Regelungen einer Übergangsverfassung der DDR in der Gestaltung der Organe des Staates und der Kompetenzen der verschiedenen Einheiten eine Angleichung an die Regelungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beinhalten. Denn nur dann sind diese Regelungen sinnvoll, wenn sie in ihrer Gestaltung in der DDR den Weg in die Einheit Deutschlands erleichtern und verwirklichen helfen. In dieser Hinsicht sind einige Regelungen des Entwurfs zu überarbeiten und zu überprüfen.

Eine neue Verfassung der DDR könnte also vier Ziele verwirklichen helfen: 1. die Abschaffung der Rechtsunsicherheit und die Festlegung eines Rahmens für die Entwicklung dieses Staates, 2. die Eröffnung eines einheitlichen und gesicherten Weges in eine deutsche Einheit, 3. die Sicherung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bei der Gestaltung der Einheit und 4. die Weitergabe von Anregungen für die Verfassungsdiskussion auch in der Bundesrepublik.

Die Volkskammer sollte sich in Verbindung mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes eingehend mit dem Entwurf einer neuen Verfassung beschäftigen, um so den Weg dieses Landes in ein einheitliches Deutschland und damit in die Zukunft auf verfaßtem Wege zu wagen.

(Beifall vor allem bei SPD, PDS, Bündnis 90/Grüne)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Partei des Demokratischen Sozialismus den Abgeordneten Jürgen Demloff, das Wort zu nehmen. Ich bitte ihn, das vom Platz aus zu machen. Ich bitte um Zuschaltung des Mikrofons.

Abg. Demloff (PDS):

Verehrte Präsidentin! Werte Abgeordnete! Menschen mit Behinderung - auch noch in der Volkskammer am Rande sitzend, ohne einen Arbeitstisch - haben die Umwandlung in der DDR voller Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt in der Hoffnung, daß mit der historischen Chance zur Neugestaltung die Veränderung ihrer Situation auch in der DDR um sich greift, daß zahlreiche internationale Dokumente der UNO-Konvention gesetzliche Regelungen in der DDR finden.

Wir sind in diesem Prozeß einig mit zahlreichen Menschen mit Behinderungen in der BRD, die ebenfalls erhoffen, daß ihr Rechtsgebäude in diesen Fragen neu- und umgestaltet wird. Ohne bestimmte Erfahrungen sind wir in diesen Fragen nicht weitergekommen. Wir haben an den Runden Tischen als Vertreter von Menschen mit Behinderungen gelernt, daß das Rechtsgebäude umgestaltet werden muß für unsere praktische Tätigkeit. Wir sind überall immer wieder auf die Grenzen gestoßen. Aus unserer Sicht ist das nur möglich, wenn neue verfassungsrechtliche Prinzipien festgeschrieben werden. Deshalb begrüßen Menschen mit Behinderungen in zahlreichen Veranstaltungen notwendige verfassungsrechtliche Änderungen.

Was sehen wir - ausgehend von internationalen Regelungen - für notwendig an? Den Grundsatz der Antidiskriminierung - ausgestaltet durch ein Antidiskriminierungsgesetz; die Fest-schreibung des lebenslangen Rechts auf Rehabilitation - auch für Menschen im Alter - ausgestaltet durch ein Rehabilitations-gesetz; das Recht auf ein menschenwürdiges Leben, das die Kompensation von Behinderung einschließt und - gestützt auf ein einklagbares Sozialrecht - das Recht auf Chancengleichheit. Aber das Recht auf Chancengleichheit ist nicht schlechthin ein Prinzip, sondern es ist ein notwendiger Verfassungsgrundsatz, damit bei allen gesetzlichen Regelungen die speziellen Erforder-nisse und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung berück-sichtigt werden, und zwar nicht nur im Behindertenrecht, nicht nur im Sozialrecht, sondern in dem, was hier Gegenstand und In-halt der Regierungserklärung ist, d. h. auch im Wirtschafts-, im Steuer-, im Finanz-, im Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Bildungs-, Hochschul-, Wissenschafts-, Kommunal- und Verwaltungsge-setz. Und wenn wir dafür nicht die Verfassungsgrundsätze defi-nieren, dann ist diese ganze Gesetzesarbeit auf Sand gebaut.

(Beifall bei der PDS)

Und dieser Verfassungsentwurf des Bündnis 90 bietet die besten Ansätze dazu, um in der Art und Weise zu arbeiten.

Aber ohne diese verfassungsmäßigen Grundgesetze und das darauf zu errichtende Rechtsgebäude ist es auch nicht möglich, die staatlichen Strukturen zu schaffen, die notwendig sind, um Chancengleichheit zu verwirklichen. Chancengleichheit bedeu-tet ja letztendlich, ungleiches Recht zu schaffen, damit der Be-nachteiligte gleichziehen kann. Aber das bedarf einer staatli-chen Struktur, um es zu verwirklichen - ganz praktisch, bis in die Kommunen hinein. Dazu brauchen wir verfassungsmäßige Grundprinzipien.

Ich hatte in einem persönlichen Gespräch mit unserem verehr-ten Ministerpräsidenten zu dieser Problematik darauf hinweisen können, daß die Gesamtheit aller Maßnahmen und gesetzlichen Regelungen für Menschen mit Behinderung keine ökonomische Effizienz bringt. Sie sind nur verständlich aus der tiefen humani-stischen Position, dem anderen Menschen zur Seite zu stehen. Er hat mir darin zugestimmt, und die Regierungserklärung hat eini-ge Passagen, die mich erfreut haben. Aber er hat mir auch gleich-zeitig zugestimmt, daß man in alle Fragen, wo es wirklich um hu-manistische Positionen geht, nicht dauernd den Parteienstreit hineintragen muß, sondern eine gemeinsame humanistische Grundhaltung finden sollte - auch gegenüber der PDS.

(Beifall bei der PDS)

Ich bitte deshalb das Hohe Haus, ernsthaft zu überlegen, wie wir in diesen wichtigen Fragen, die ja Millionen Menschen unse-res Staates betreffen, vorankommen, und ich bitte darum, den Verfassungsentwurf dem Verfassungs- und Rechtsausschuß der Volkskammer zuzuleiten und den Menschen mit Behinderung und den Menschen im Alter zu gestatten, mitzuarbeiten und mit-zuwirken an unserem zukünftigen Gemeinwesen und seiner ge-setzlichen Fixierung.

(Beifall vor allem bei PDS und SPD)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion Deutsche Soziale Union Herrn Professor Dr. Walther das Wort zu nehmen.

Abg. Prof. Dr. Walther (DSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst erlau-ben Sie mir ein Wort. Ich bin ein Laie auf dem Gebiet des Rechts-wesens. Auch ein Erfolg von 40 Jahren Sozialismus, daß wahr-scheinlich dieses Parlament dasjenige deutsche Parlament ist, das mit Abstand die wenigsten Juristen enthält; denn jeder, der ein gewisses gesundes Demokratieverständnis in der Zeit hatte, als er einen Beruf erlernen mußte oder durfte, sich von gewissen Gebieten ferngehalten hat, die rein ideologiebestimmt,

(Beifall vor allem bei der CDU, Gelächter bei anderen Fraktionen)

und das drückt sich natürlich auch im ...

(Zuruf und erneute Heiterkeit)

... außer in der Mathematik und in der Naturwissenschaft sind ja immer die Ausnahmen die Regel. Ich weiß, daß es noch mehrere hier im Hause gibt.

(Abg. Modrow: Ein Glück, daß der Ministerpräsident Jurist ist! Heiterkeit)

Ich möchte meiner Verwunderung darüber Ausdruck verleihen, daß es gerade die PDS ist - heute nennt sie sich so -, die hier uns das Verfassungsbewußtsein einreden will. Ich meine, die haben uns doch das vierzig Jahre ausgebleut.

(Zwischenrufe von der SPD - Unruhe im Saal - vereinzelt Beifall)

Aus der Richtung, aus der Richtung möchte ich keine Lehrstun-de in Demokratie erhalten.

(Beifall bei CDU, DA und DSU)

Ein Wort zu denen, die diesen Verfassungsentwurf vorgelegt haben, Ich zolle ihnen meinen Respekt, soweit mir das als Laie möglich ist. Ich habe es auch sehr bedauert, daß gerade die Bür-gerbewegungen, als die Revolution bei uns im Gange war, nicht die Kraft gefunden haben, sich zu einer Partei zu mausern, sonst hätten sie heute hier in dieser Kammer sicherlich ein besseres Ergebnis, wie die Ungarn es geschafft haben. Ich bedaure das selber, ich bin nämlich anfangs selber in einer Forumspartei in Thüringen dringewesen.

(Zwischenrufe)

Aber eines wollen wir uns doch einmal angewöhnen, wir sind nun mal vom Volk gewählt, und da haben sich nun mal gewisse Mehrheiten gebildet. Und die, die hier die Mehrheit in diesem Hause haben, die haben sich im Wahlkampf eindeutig dafür aus-gesprochen: Einheit Deutschlands auf dem Weg des Paragra-phen 23, oder Artikel 23.

(Abg. Gysi: Die DSU hat weniger Abgeordnete als die PDS!)

Naja, ich meine, noch, das gibt sich, Herr Gysi. Das nächste deut-sche Parlament sieht schon wieder ein bißchen anders aus.

(Zuruf von der Fraktion Bündnis 90/Grüne: Hoffentlich!)

Wenn wir Ihre finanziellen Mittel zur Verfügung haben, wo Sie drei Milliarden so nebenbei zurückgeben können, dann werden wir auch etwas anderes erreichen können.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, DSU und der SPD)

Wir wollen auch ein solches Verfassungsrecht in der Zukunft ha-ben, wo eben die gewählten Abgeordneten auch darüber zu be-finden haben, ob eine Verfassung in Zweidrittelmehrheit geän-dert oder nicht geändert wird. Und wenn wir diese Basisdemo-kratie, die in Ihren Vorstellungen drin ist, die natürlich in gewis-sen Bereichen auch greifen werden, ich nehme an, in den Län-derverfassungen wird das kommen, wenn wir diese Basisdemo-kratie haben, dann halte ich es in unserem von Ihrem Vorgänger im Amt ruinierten Land doch für ein finanziell etwas gewagtes Unternehmen, hier Volksentscheide zu machen, um eindeutige Mehrheiten im Parlament zu verändern. Ich danke Ihnen.

(Beifall, vor allem bei der CDU und DSU)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich danke den Abgeordneten, die hier das Wort genommen ha-ben.

Mir liegen von der Fraktion der Liberalen und der Fraktion der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands/Demokratischer

Frauenbund Deutschlands keine Wortmeldungen mehr vor. Ich nehme an, daß wir damit die Diskussion zur Aktuellen Stunde beenden können.

Verehrte Abgeordnete, die 3. Tagung der Volkskammer ist damit beendet. Das Präsidium bedankt sich bei allen Rednern. Ich verweise noch einmal darauf, daß die 4. Tagung der Volkskammer morgen, am 20. April 1990, um 9.00 Uhr beginnt.

Das Präsidium der Volkskammer trifft sich bitte zur Beratung um 14.15 Uhr im Präsidiumssitzungszimmer.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag.

(Ende der Tagung: 12.35 Uhr)

